

Konzeption und Durchführung der "Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften" (ALLBUS) 1998

Koch, Achim; Kurz, Karin; Mahr-George, Holger; Wasmer, Martina

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Koch, A., Kurz, K., Mahr-George, H., & Wasmer, M. (1999). *Konzeption und Durchführung der "Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften" (ALLBUS) 1998*. (ZUMA-Arbeitsbericht, 1999/02). Mannheim: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen -ZUMA-. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-200413>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

ZUMA-Arbeitsbericht 99/02

**Konzeption und Durchführung der
"Allgemeinen Bevölkerungsumfrage
der Sozialwissenschaften"
(ALLBUS) 1998**

Achim Koch, Karin Kurz, Holger Mahr-George & Martina Wasmer

Februar 1999
ISSN 1437-4110

ZUMA
Postfach 12 21 55
68072 Mannheim

Telefon: (0621) 1246-280
Telefax: (0621) 1246-100
e-mail: allbus@zuma-mannheim.de

Inhalt

1	Einleitung	1
2	Grundkonzeption und Überblick über die bisherigen ALLBUS-Studien	2
3	Das Fragenprogramm des ALLBUS 1998	8
3.1	Schwerpunktthema 'Politische Partizipation und Einstellungen zum politischen System'	8
3.1.1	Überblick	8
3.1.2	Politische Partizipation	11
3.1.2.1	Begriffsdefinition	11
3.1.2.2	Die Erfassung politischer Partizipation im ALLBUS 1998	13
3.1.3	Erklärungsfaktoren politischer Partizipation	14
3.1.3.1	Politische Unzufriedenheit	15
3.1.3.2	Wirtschaftliche und sonstige Unzufriedenheiten	16
3.1.3.3	Einflußmöglichkeiten	16
3.1.3.4	Partizipationsnormen	18
3.1.3.5	Soziale Anreize	18
3.2	Lebensstile	19
3.2.1	Die Konzepte "Lebensstil" und "soziales Milieu"	21
3.2.2	Theoretische Dimensionen und Indikatoren von Lebensstilen bzw. sozialen Milieus	22
3.2.2	Zu den im ALLBUS erhobenen Fragen im einzelnen	23
3.3	Mediennutzung	25
3.4	Weitere ALLBUS-Replikationsfragen	30
3.5	Demographiefragen	30
3.6	Sonstige Variablen des ALLBUS 1998	33
3.6.1	Abgeleitete Variablen	33
3.6.2	Regionalmerkmale	34
4.	Das Stichprobenverfahren des ALLBUS 1998	35
4.1	Die wichtigsten Informationen im Überblick	35
4.2	Die Grundgesamtheit	35
4.3	Das Stichprobenverfahren	35
4.4	Transformationsgewichtung bei Auswertungen auf Personenebene	38
4.5	Ost-West-Gewichtung bei Auswertungen für Gesamtdeutschland	39
5.	Die Feldphase des ALLBUS 1998	41
5.1	Zeitlicher Ablauf	41
5.2	Ausschöpfung	42
5.3	Interviewereinsatz und -kontrolle	45
5.4	Interviewsituation	46
	Literatur	48

1 Einleitung

Das Forschungsprogramm ALLBUS (Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften) dient dem Ziel, Daten für die empirische Sozialforschung zu erheben und umgehend allgemein zugänglich bereitzustellen. Die Verwendung des ALLBUS in Sekundäranalysen erfordert es, jede Phase des Forschungsablaufs so transparent wie möglich zu machen. Damit die Nutzer des ALLBUS den Prozeß der Datenerhebung nachvollziehen und sich kritisch mit den gewonnenen Daten auseinandersetzen können, wird daher auch im vorliegenden Methodenbericht für den ALLBUS 1998 die Konzeption und Durchführung der Studie dokumentiert.

Der ALLBUS 1998 ist die zehnte bzw. - wenn man die zusätzliche Baseline-Studie von 1991 als erste Umfrage in Gesamtdeutschland mitrechnet - die elfte Studie im Rahmen des ALLBUS-Programms. Wie jeder ALLBUS enthält auch die Umfrage 1998 Informationen zu demographischen Merkmalen sowie zu Einstellungen und Verhaltensweisen in verschiedenen Bereichen. Schwerpunkt ist diesmal das Thema "Politische Partizipation und Einstellungen zum politischen System". Dazu wurde das entsprechende Fragemodul aus dem ALLBUS 1988 in gekürzter Form repliziert. Zu wichtigen neuen Theorieentwicklungen wurden zusätzlich neue Fragen berücksichtigt. Neben diesem Schwerpunkt wurden im ALLBUS 1998 erstmals Informationen zur "Mediennutzung" sowie zu ausgewählten Dimensionen von "Lebensstilen" erfaßt.

Die Stichprobenbildung für den ALLBUS 1998 erfolgte - anders als beim ALLBUS 1994 und 1996, bei denen Stichproben aus Einwohnermelderegistern gezogen wurden - nach dem ADM-Design. Die Rückkehr zu diesem Verfahren, das bereits in den ALLBUS-Erhebungen zwischen 1980 und 1992 verwendet worden war, war notwendig, weil eine Einwohnermelde-register-Stichprobe im Rahmen des gegebenen Budgets nicht mehr finanzierbar war. Mit der Durchführung der Erhebung 1998 war das GFM-GETAS-Institut (seit 1.2.1999: „Ipsos Deutschland“) in Hamburg betraut. Im Unterschied zu früheren ALLBUS-Studien fand im Anschluß an das mündliche Interview diesmal kein schriftlicher drop-off des ISSP (International Social Survey Programme) statt (vgl. Wasmer et al. 1996).

Im folgenden wird zunächst die allgemeine Konzeption des ALLBUS kurz vorgestellt (Abschnitt 2). In Abschnitt 3 wird das Frageprogramm des ALLBUS 1998 erläutert. Die Stichprobenziehung wird in Abschnitt 4, das Feldgeschehen in Abschnitt 5 beschrieben.

2 Grundkonzeption und Überblick über die bisherigen ALLBUS-Studien

Die beiden primären Ziele des ALLBUS-Programms sind die Untersuchung des sozialen Wandels und die Datengenerierung für Sekundäranalysen (vgl. Braun/Mohler 1991:7ff). Die regelmäßige Erhebung von sozialstrukturellen Merkmalen, Einstellungen und Verhaltensberichten der Bevölkerung ermöglicht die Bildung langer Zeitreihen für soziologisch relevante Variablen und damit die Dauerbeobachtung des sozialen Wandels. Zudem wird die Infrastruktur in den Sozialwissenschaften verbessert, da die erhobenen Daten sofort nach der Datenaufbereitung für Sekundäranalysen zur Verfügung gestellt werden.

Im Rahmen des ALLBUS-Programms wird seit 1980 alle zwei Jahre eine Zufallsstichprobe der Bevölkerung der Bundesrepublik mit einem teils konstanten, teils variablen Frageprogramm befragt. Zwischen 1980 und 1990 umfaßte die Stichprobe jeweils ungefähr 3.000 Personen aus der Grundgesamtheit der wahlberechtigten Bevölkerung in Privathaushalten der alten Bundesrepublik inklusive West-Berlins. 1991 wurde aus Anlaß der deutschen Vereinigung zusätzlich eine Umfrage außerhalb des zweijährigen Turnus durchgeführt, bei der erstmals auch Bürger der neuen Bundesländer sowie deutschsprechende Ausländer in die Stichprobe aufgenommen wurden. Seit 1991 umfaßt die Grundgesamtheit der ALLBUS-Studien damit die erwachsene Wohnbevölkerung (d.h. Deutsche und Ausländer) in Privathaushalten in West- und Ostdeutschland. Die Stichprobengröße betrug 1991 jeweils etwa 1.500 Personen in West- und Ostdeutschland. 1992 bis 1996 lag sie bei etwa 2.400 Personen im Westen und ca. 1.100 im Osten. Im ALLBUS 1998 beträgt die Fallzahl ca. 2.200 Befragte in West- und 1.000 in Ostdeutschland.

In allen Erhebungen zwischen 1980 und 1992 wurde das ADM-Stichprobensystem bzw. ein äquivalentes Verfahren eingesetzt. Im ALLBUS 1994 und 1996 kam eine Gemeindestichprobe mit anschließender Ziehung von Adressen aus den Einwohnermelderegistern zum Einsatz. Dieses Verfahren weist im Vergleich zum ADM-Design verschiedene Vorteile auf, sowohl was den Stichprobenplan als auch was die Stichprobenrealisierung im Rahmen der Feldarbeit betrifft (vgl. Koch 1997a). Da dieses Verfahren jedoch auch weitaus teurer ist und

mit dem 1998 zur Verfügung stehenden Etat nicht mehr realisiert werden konnte, mußte man im ALLBUS 1998 wieder auf das bereits früher verwendete ADM-Stichprobensystem zurückgreifen.

Neben der Untersuchung sozialen Wandels und der Datengenerierung für Sekundäranalysen sollen mit dem ALLBUS auch Beiträge zur Methodenentwicklung geleistet werden. Der Stellenwert des ALLBUS als Instrument der Methodenentwicklung ergibt sich zum einen aus den gesondert durchgeführten Methodenstudien, z.B. zur Test-Retest-Reliabilität (vgl. Bohrnstedt et al. 1987) oder zu Problemen von Gewichtungungsverfahren (vgl. Rothe 1990). Zum anderen soll der ALLBUS mit der Durchführung der Studie selbst - durch die hohen methodischen Standards und die Transparenz des gesamten zugrundeliegenden Forschungs- und Datenerhebungsprozesses - zur Weiterentwicklung der Umfragemethodik beitragen (vgl. z.B. Koch 1995, 1997a, 1997b).

Den geschilderten Zielen entsprechend gelten für die ALLBUS-Studien verschiedene allgemeine Gestaltungsrichtlinien. Unabhängig von den längerfristigen Zielsetzungen soll jede einzelne Umfrage für möglichst viele Nutzer attraktiv sein. Die dafür notwendige Analysefähigkeit der Einzelstudien wird dadurch gewährleistet, daß in jeder Umfrage jeweils ein bis zwei Schwerpunktthemen ausführlich behandelt werden (vgl. den Überblick unten). Die ausführliche Erhebung sozialstruktureller Hintergrundmerkmale in jeder Umfrage sichert ebenfalls die Verwendbarkeit des ALLBUS für Querschnittanalysen.

Der Nutzen des ALLBUS für Längsschnittanalysen wächst mit jeder weiteren Studie. Die notwendige Fragenkontinuität wird durch ALLBUS-interne Replikationen und den Rückgriff auf Fragen aus anderen sozialwissenschaftlichen Umfragen erreicht. In diese Meßreihen werden vorzugsweise Indikatoren einbezogen, die geeignet sind, langfristigen Wandel abzubilden, und sich durch Theoriebezogenheit und inhaltliche Zusammenhänge mit anderen Variablen des Fragenprogramms auszeichnen. Besonders häufig erhoben werden Merkmale, die zentral für bestimmte Einstellungskomplexe sind, einem schnellen Wandel unterliegen oder oft als erklärende Variablen verwendet werden. Andere wichtige Variablen, für die weniger dichte Zeitreihen ausreichend erscheinen, werden im allgemeinen alle vier Jahre erfaßt. Für Schwerpunktthemen als Ganzes werden Replikationen im 10-Jahres-Abstand angestrebt.

Die Schwerpunktthemen der bisherigen ALLBUS-Umfragen waren:

- 1980 'Einstellungen zu Verwaltung und Behörden', 'Einstellungen zu politischen Themen', 'Freundschaftsbeziehungen'
- 1982 'Religion und Weltanschauung'
- 1984 'Soziale Ungleichheit und Wohlfahrtsstaat'
- 1986 'Bildung und Kulturfertigkeiten'
- 1988 'Einstellungen zum politischen System und politische Partizipation'
- 1990 'Sanktion und abweichendes Verhalten' sowie die aus dem ALLBUS 1980 replizierten Themen 'Einstellungen zu Verwaltung und Behörden' und 'Freundschaftsbeziehungen'
- 1991 ('DFG-Baseline-Studie') Replikation kleinerer Schwerpunkte aus bisherigen ALLBUS-Umfragen zu den Bereichen 'Familie', 'Beruf', 'Ungleichheit' und 'Politik'
- 1992 'Religion und Weltanschauung' (Replikation aus dem ALLBUS 1982)
- 1994 'Soziale Ungleichheit und Wohlfahrtsstaat' (Replikation aus dem ALLBUS 1984)
- 1996 'Einstellungen gegenüber ethnischen Gruppen in Deutschland'
- 1998 'Politische Partizipation und Einstellungen zum politischen System' (Replikation aus dem ALLBUS 1988) sowie 'Mediennutzung' und 'Lebensstile' als weitere Themen.

Die methodisch-technischen Charakteristika der ALLBUS-Studien sind in der folgenden Übersicht 1 dargestellt.

Übersicht 1: Methodisch-technische Charakteristika der ALLBUS-Studien

	ALLBUS 1980	ALLBUS 1982	ALLBUS 1984	ALLBUS 1986	ALLBUS 1988	ALLBUS 1990
Grundgesamtheit	Alle erwachsenen Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die in der Bundesrepublik Deutschland (incl. West-Berlin) in Privathaushalten wohnen					
Auswahl- verfahren	Zufallsstichprobe aus der Grundgesamtheit in drei Stufen (ADM-Design):					
	1. Stufe: zufällig ausgewählte Stimmbezirke					
	630 Stimmbezirke, d. h. 3 Netze mit je 210 Stimmbezirken aus der ADM-Hauptstichprobe			689 Stimmbezirke als geschichtete Unterstichprobe aus 16 Netzen der ADM-Hauptstichprobe	Wie ALLBUS 1980-1984	630 Stimmbezirke nach ADM-analogen Vorgehen aus Infas-eigenem Ziehungsband
	2. Stufe: zufällig ausgewählte Haushalte in den Stimmbezirken					
	Random Route mit Adreß-Vorlauf	Random Route mit Adreß-Vorlauf	Random Route	Random Route	Random Route	Random Route mit Adreß-Vorlauf
	3. Stufe: Zufallsauswahl jeweils einer Befragungsperson aus den zur Grundgesamtheit zählenden Haushaltsmitgliedern (Kish-table)					
Stichprobe:						
- Ausgangsbrutto	N=4.620	N=4.562	N=4.554	N=5.512	N=4.620	N=5.204
- bereinigtes Brutto	N=4.253	N=4.291	N=4.298	N=5.275	N=4.509	N=5.054
- auswertbare Interviews	N=2.955	N=2.991	N=3.004	N=3.095	N=3.052	N=3.051
- davon befragte Ausländer	--	--	--	--	--	--
Befragungszeitraum*	1.1.1980-2.3.1980	6.2.1982-2.6.1982	2.3.1984-14.6.1984	24.3.1986-15.5.1986	29.4.1988-5.7.1988	3.3.1990-31.5.1990
Art der Befragung	Mündliche Interviews mit vollstrukturiertem Fragebogen			Mündliche Interviews mit vollstrukturiertem Fragebogen und schriftliche Befragung als "drop-off" (ISSP)		
Erhebungsinstitut	GETAS	GETAS	GETAS	Infratest	GFM-GETAS	Infas

* Datum des ersten bzw. letzten Interviews

	ALLBUS 1991 (Baseline-Studie)		ALLBUS 1992	
Grundgesamtheit	Alle erwachsenen Personen (Deutsche und Ausländer), die in der Bundesrepublik Deutschland (West und Ost) in Privathaushalten wohnen. Ausländische Personen wurden nur dann befragt, wenn das Interview in deutscher Sprache durchgeführt werden konnte.			
Auswahl- verfahren	Getrennte Stichproben für Westdeutschland (inkl. West-Berlin) und Ostdeutschland (inkl. Ost-Berlin)			
	Zufallsstichprobe aus der Grundgesamtheit in drei Stufen (ADM-Design):			
	1. Stufe: zufällig ausgewählte Stimmbezirke/Sample-Points			
	West 314 Stimmbezirke als geschichtete Zufallsauswahl aus den Infratest zur Verfügung stehenden 3.500 Stimmbezirken der ADM-Haupt- stichprobe	Ost 408 Sample-Points aus dem Infratest- Mastersample von Gemeinden	West 504 Stimmbezirke als geschichtete Zufallsauswahl aus den Infratest zur Verfügung stehenden 3.500 Stimmbezirken der ADM-Haupt- stichprobe	Ost 297 Sample-Points aus dem Infratest- Mastersample von Gemeinden
	2. Stufe: zufällig ausgewählte Haushalte in den Stimmbezirken/ Sample-Points nach dem Random Route-Verfahren			
	3. Stufe: Zufallsauswahl jeweils einer Befragungsperson aus den zur Grundgesamtheit zählenden Haushaltsmitgliedern (Kish-table)			
Stichprobe: - Ausgangs- brutto - bereinigtes Brutto - auswertbare Interviews - davon befragte Ausländer	West N=2.900 N=2.875 N=1.514 37	Ost N=2.720 N=2.712 N=1.544 4	West N=4.650 N=4.625 N=2.400 77	Ost N=2.100 N=2.100 N=1.148 7
Befragungs- zeitraum*	24.5.1991-10.7.1991	24.5.1991-17.7.1991	1.5.1992-17.6.1992	7.5.1992-8.6.1992
Art der Befragung	Mündliche Interviews mit vollstrukturiertem Fragebogen und schriftliche Befragung als "drop-off" (ISSP)			
Erhebungs- institut	Infratest		Infratest	

ALLBUS 1994		ALLBUS 1996		ALLBUS 1998	
Alle erwachsenen Personen (Deutsche und Ausländer), die in der Bundesrepublik Deutschland (West und Ost) in Privathaushalten wohnen. Ausländische Personen wurden nur dann befragt, wenn das Interview in deutscher Sprache durchgeführt werden konnte.					
Getrennte Stichproben für Westdeutschland (incl. West-Berlin) und Ostdeutschland (incl. Ost-Berlin)					
Zufallsstichprobe aus der Grundgesamtheit in zwei Stufen (Einwohnermelderegister-Stichprobe):				Zufallsstichprobe aus der Grundgesamtheit in drei Stufen (ADM-Design):	
1. Stufe: zufällig ausgewählte Gemeinden/ Sample-Points				1. Stufe: zufällig ausgewählte Stimmbezirke	
West 104 Gemeinden mit 111 Sample-Points		Ost 47 Gemeinden mit 51 Sample-Points		420 Stimmbezirke (2 Netze mit je 210 Stimmbezirken) aus der ADM-Hauptstichprobe	192 Stimmbezirke (2 Netze mit je 2x48 Stimmbezirken) aus der ADM-Hauptstichprobe
2. Stufe: Zufallsauswahl der Befragungspersonen aus den zur Grundgesamtheit des ALLBUS zählenden Personen in den Einwohnermelderegistern der Gemeinden (40 Personenadressen pro Sample-Point)				2. Stufe: zufällig ausgewählte Haushalte in den Stimmbezirken nach dem Random-Route-Verfahren mit Adreß-Vorlauf	
				3. Stufe: Zufallsauswahl jeweils einer Befragungsperson je Haushalt aus den zur Grundgesamtheit zählenden Haushaltsmitgliedern (Kish-table)	
West N=4.440	Ost N=2.040	West N = 4.440	Ost N = 2.040	West N = 4.200	Ost N = 1.728
N=4.402	N=2.007	N = 4.430	N = 2.058**	N = 3.994	N = 1.648
N=2.342	N=1.108	N = 2.402	N = 1.116	N = 2.212	N = 1.022
153	3	209	3	142	10
3.2.1994- 18.5.1994	5.2.1994- 21.4.1994	29.2.1996 - 1.7.1996	2.3.1996 - 28.6.1996	9.3.1998 - 26.7.1998	10.3.1998 – 1.7.1998
Mündliche Interviews mit vollstrukturiertem Fragebogen und schriftliche Befragung als ”drop-off” (ISSP)				Mündliche Interviews mit vollstrukturiertem Fragebogen	
Infratest		Infratest		GFM-GETAS	

* Datum des ersten bzw. letzten Interviews

** Da in einigen Fällen die Interviewer die Vorgaben zum Ersatz stichprobenneutraler Ausfälle nicht korrekt eingehalten haben, ist das bereinigte Brutto etwas größer als das Ausgangsbrutto

3 Das Fragenprogramm des ALLBUS 1998

Das Fragenprogramm des ALLBUS 1998 umfaßt neben dem Schwerpunktthema ‘Politische Partizipation und Einstellungen zum politischen System’ auch ausgewählte Aspekte zu den beiden Themen ‘Mediennutzung’ und ‘Lebensstile’. Wie in jeder Erhebung wurden auch im ALLBUS 1998 demographische Merkmale ausführlich erhoben.

3.1 Schwerpunktthema ‘Politische Partizipation und Einstellungen zum politischen System’

3.1.1 Überblick

Zentrales Ziel des Schwerpunktes ‘Politische Partizipation und Einstellungen zum politischen System’ ist die Ermittlung der ganzen Bandbreite politischer Partizipation sowie die Erhebung theoretisch relevanter Einflußfaktoren. Abgedeckt werden sollte die Teilnahme an politischen Wahlen, weitere konventionelle Partizipationsmöglichkeiten sowie legale und illegale Formen des politischen Protests. Als potentielle Einflußfaktoren auf das politische Teilnahmeverhalten sollten Indikatoren zu folgenden Dimensionen erfaßt werden:

- Politische, wirtschaftliche und soziale Unzufriedenheit
- Wahrgenommene Einflußmöglichkeiten
- Partizipationsnormen
- Soziale Anreize

Das Schwerpunktthema stellt in großen Teilen eine Replikation aus dem ALLBUS 1988 dar (siehe Braun et al. 1989) und ermöglicht somit die Untersuchung sozialen Wandels. Da ein Teil der Fragen nicht nur 1988, sondern auch in weiteren ALLBUS-Erhebungen erfaßt wurde, eröffnet sich die Möglichkeit, nicht nur zwei Meßzeitpunkte miteinander zu vergleichen, sondern Trends über einen Zeitraum von 10 Jahren (bei einzelnen Fragen auch länger) für die alten Bundesländer nachzuzeichnen. Bei Einzelfragen ist dies auch für die neuen Bundesländer für einen Zeitraum von bis zu 7 Jahren möglich. An der Entwicklung des Moduls waren Prof. Bürklin und Prof. Opp (beide Mitglieder des wissenschaftlichen Beirates des ALLBUS) maßgeblich beteiligt. Übersicht 2 gibt einen Überblick über die Fragen des Schwerpunktthemas.

Übersicht 2: Fragen zum Thema Politische Partizipation und Einstellungen zum politischen System

Frage	Frage-Nr. ALLBUS 1998	Quelle	Replikation ALLBUS Jahr	Bemerkungen
<p><i>politische Partizipation:</i> <i>Verhaltensbereitschaft +</i> <i>Teilnahme in der Vergangenheit</i></p> <p>(a) Meinung sagen (b) Wahlen beteiligen (c) Öffentl. Diskussionen (d) Bürgerinitiative (e) Partei mitarbeiten (f) Wahlhelfer (g) nicht genehmigte Demonstration (h) Hausbesetzung etc. (j) Krach schlagen auf Demonstration (k) Gewalt gegen Personen (l) politische Gegner einschüchtern (m) genehmigte Demonstration (p) aus Protest nicht wählen (q) aus Protest andere Partei wählen (r) Unterschriftensammlung (s) Verkehrsblockade</p>	F18 F18a	<p>Items (a) bis (l): Schmidtchen/Uehlinger 1980</p> <p>Item (m): Opp 1987</p> <p>Item (r) : Allerbeck/Kaase/ Klingemann 1974</p> <p>Items (p), (q) und (s): Neuformulierungen</p>	1988: Item a) bis l) 1988: Item a) bis l)	gegenüber 1988 um die 5 Items (m) bis (s) erweitert
politische Partizipation in den letzten zwei Jahren, Items siehe Frage 18, 18a	F18c	Neuformulierung		
<p><i>politischer Einfluß - political efficacy</i></p> <p><i>generell</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Politiker kümmern sich nicht - aktive Rolle in politischer Gruppe - Leute wie ich haben keinen Einfluß - Politik zu kompliziert - Politiker vertreten Interessen der Bevölkerung <p><i>handlungsspezifisch</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - eigener Einfluß durch pol. Partizipationsformen (siehe Items F18: b-e, g, h, m, p, q, r, s) 	<p>F24b F24c F24d F24e F24f</p> <p>F19</p>	<p>Kaase 1985 Craig et al. 1990 Kaase 1985 Kaase 1985 Neuformulierung</p> <p>Opp 1987 mod.</p>	<p>1988 1988 1988 1988</p>	Gegenüber 1988 erweitert um Item F24f
<p><i>Politische Unterstützung -political support</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - in Deutschland gut leben - zufrieden mit Demokratie - zufrieden mit Bundesregierung 	<p>F24a</p> <p>F26</p> <p>F27</p>	<p>ZUMABUS I 1976</p> <p>Kaase 1985</p> <p>Kaase 1985</p>	<p>1984 1988 1994</p> <p>1988 1991 1992</p> <p>1991 1992</p>	Ab 1991 statt "Bundesrepublik (Deutschland)" nur "Deutschland" im Fragetext
<p><i>Sorgen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Schutz der Umwelt - Zahl der Zuwanderer - Kosten der deutschen Einheit - Entwicklung der Kriminalität - Entwicklung der Arbeitslosigkeit 	<p>F38a F38b</p> <p>F38c F38d F38e</p>	<p>Wohlfahrtssurvey 1993 Wohlfahrtssurvey 1993 mod.</p> <p>Wohlfahrtssurvey 1993 Wohlfahrtssurvey 1993 Wohlfahrtssurvey 1993</p>		
<p><i>Partizipationsnormen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Engagement bei Unzufriedenheit - Engagement nur bei Einfluß 	<p>F25a F25b</p>	<p>Opp/Voß 1990 mod. Opp/Voß 1990 mod.</p>		

- Politik den Volksvertretern überlassen - Pflicht zu wählen - Gewalt gerechtfertigt - Volksabstimmungen notwendig - Demokratie in allen Bereichen	F25c F25d F25e F25f F25g	Opp/Voß 1990 mod. Rattinger/Krämer 1994 Opp/Voß 1990 mod. Neuformulierung Bürklin 1996		
<i>Peer groups</i> - Kritik der Freunde an Politik - politische Aktivität von Freunden	F28 F29	Opp/Voß 1990 mod. Opp/Voß 1990 mod.		
<i>Gruppenbindungen</i> - Religionszugehörigkeit - Mitgliedschaften in Berufsverbänden - Mitgliedschaften in Vereinen - Frühere Vereinsmitgliedschaften - Mitgliedschaft in alternativer Gruppe - Vertretungsbeziehungen	S51 S53 S54 S55 S56 S57	Neuformulierung Opp/Voß 1990 mod. Weßels 1994	1980-96 1980-92 1980-92	
Soziale Ungleichheit	F30	ZUMABUS I 1976	1984 1988 1991 1994	Antwortskala 1988 "stimme voll und ganz zu", alle anderen Jahre "stimme voll zu"
Nationalstolz	S45a	Eurobarometer 30, leicht mod.	1996	
<i>Wahlen</i> - Wahlberechtigung Landtagswahl - Wahlbeteiligung Landtagswahl - Wahlberechtigung Europawahl - Wahlbeteiligung Europawahl - Wahlberechtigung Bundestagswahl - Wahlbeteiligung Bundestagswahl - Wahlrück Erinnerung Bundestagswahl - Sonntagsfrage	F20 F21 F22 F23 F35 F36 F37 S58	Neuformulierung Neuformulierung	1988 1988 1984-92, 1996 1984-92, 1996 1984-92, 1996 1980-96	Termine und Bundesländer angepaßt 1996 im Rahmen einer Frage nach Gründen der Nicht-Wahl erfaßt
<i>Weitere ALLBUS-Standardvariablen</i> - politisches Interesse - Links-Rechts-Einstufung - politische Ziele (Inglehart)	F31 F33 F32		1980-96 1980-82, 1986-96 1980-96	1982 Split 2 und 1988: 10er-Skala, sonst 5er-Skala

Allerbeck, K.R./Kaase, M./Klingemann, H.D. (1974): Politische Ideologie. ZANr. 757

Bürklin, W. (1996) Elitestudie: Elitenzirkulation und -integration im vereinten Deutschland 1995/96. Finanziert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft; Feldzeit April-Juni 1995, Feldarbeit: Infratest.

Craig, S. C./Niemi, R. C./Silver, G. E. (1990): Political Efficacy and Trust: A Report on the NES Pilot Study Items. In: Political Behaviour 12: 289-314

Eurobarometer 30. ZANr. 1715

Kaase, M. (1985): Ansprüche der Bürger an den Staat. ZANr. 1486

Opp, K.-D. (1987): Fragebogen zum Forschungsprojekt 'Entstehungsbedingungen politischen Protests'. In: Vogt, K. (1995): Politische Proteste im geteilten Deutschland. Ffm. u.a.: Lang

Opp, K.-D./Voß, P. (1990): Fragebogen zum Forschungsprojekt 'Die Dynamik gewaltloser Revolution. Eine Umfrage über die Entstehung und den Verlauf des Protests in der DDR 1989-1990'. In: Vogt, K. (1995): Politische Proteste im geteilten Deutschland. Ffm. u.a.: Lang.

Rattinger, H./Krämer, J. (1994): Wahlnorm und Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Kausalanalyse. In: PVS, 2, 267-285

Schmidtchen, G./Uehlinger, H.-M. (1980): Jugend und Staat. ZANr. 1253

Weßels, B. (1994): Gruppenbindung und rationale Faktoren als Determinanten der Wahlentscheidung in Ost- und Westdeutschland. S. 123-157 in: Klingemann, H.-D./Kaase, M. (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990. Opladen: Westdeutscher Verlag

Wohlfahrtssurvey (1993). ZANr. 2792

ZUMABUS I (1976). ZANr. 861

3.1.2 Politische Partizipation

”Daß die Demokratie auf politischer Partizipation beruht, ist eine tautologische Binsenweisheit. Die Geschichte demokratischer Regime zeigt jedoch eine unendliche Fülle unterschiedlicher Partizipationsfelder, -formen und -grade” (Greiffenhagen 1997: 358). Vielleicht gerade wegen dieser großen Bedeutung für die Demokratie bzw. wegen ihrer Vielschichtigkeit ist politische Partizipation ”... seit Jahrzehnten ein besonderes Thema in Deutschland” (van Deth 1997: 291), wobei diese Aussage sicherlich nicht nur auf Deutschland zu beschränken ist. Zumal nach Milbrath/Goel der Begriff politische Partizipation oder politische Beteiligung ”... in jeder Theorie über politische Entscheidungsprozesse eine entscheidende Rolle” spielt (van Deth 1997: 293). Lange Zeit befaßten sich Studien zur politischen Beteiligung hauptsächlich mit dem Wahlverhalten als der zentralen Partizipationsform in demokratischen Systemen, so daß diese Wahlstudien historisch gesehen als Ausgangspunkt der Partizipationsforschung angesehen werden können (Uehlinger 1988: 7). Denn die Wahl galt ”... in einer an elitetheoretischen Gesichtspunkten und an der Stabilität des demokratischen Systems orientierten Demokratiediskussion als einzige mehr oder weniger legitime Art der Massenpartizipation” (Roßteutscher 1990: 13). Aber auch die Wahlstudien umfaßten im Laufe der Zeit ein wachsendes Spektrum von Beteiligungsformen, die in keinem direkten Zusammenhang mit Wahlen bzw. der Unterstützung politischer Parteien oder Kandidaten standen. Lane schrieb hierzu bereits 1959, daß politische Partizipation in Amerika ”... clearly means more than voting; indeed, in some areas of politics voting is a minor feature of the public’s participation in the political process” (1959: 45). Primäres Ziel dieser Studien war dennoch die Erklärung des Wahlverhaltens und weniger die Erforschung politischer Partizipation insgesamt (Uehlinger 1988:13). Als ”erste eigentliche Partizipationsstudie” bezeichnet Uehlinger (1988: 12) die einflußreiche Political-Action-Studie aus dem Jahre 1974 (Barnes/Kaase et al. 1979).

3.1.2.1 Begriffsdefinition

In der Literatur finden sich eine Reihe von Definitionen und Kategorisierungen des Begriffes politische Partizipation. Die meisten Definitionen gehen bei der Begriffsbestimmung davon aus, daß politische Partizipation durch *drei Kriterien* charakterisiert wird:

- 1) die Teilnahme an den Aktivitäten ist *freiwillig*;
- 2) sie werden von *Privatpersonen* ausgeführt und
- 3) haben als Zielsetzung die *Einflußnahme* auf Entscheidungen des politischen Systems.

So definieren z.B. Kaase und Marsh den Begriff politische Partizipation als "...voluntary activities by individual citizens intended to influence either directly or indirectly political choices at various levels of the political system" (1979: 42). Verba et al. (1978: 48) beschreiben politische Partizipation als "... legal activities by private citizens that are more or less directly aimed at influencing the selection of governmental personnel and/or the actions they take". Huntington/Nelson (1976: 4) definieren politische Partizipation als "activity by private citizens designed to influence governmental decision-making".

Das Spektrum möglicher politischer Beteiligungsformen umfaßt eine Vielzahl von Aktivitäten. Der nötige Einsatz an Ressourcen bzw. der Schwierigkeitsgrad dieser einzelnen Aktivitäten unterscheidet sich jedoch zum Teil erheblich. Politische Partizipation galt lange Zeit als *eindimensional* und *kumulativ*. Milbrath spricht von einer "hierarchy of political involvement" und führt aus: "Political participation is often spoken of as being cumulative; persons who engage in one political action often engage in others as well" (Milbrath 1965: 17). Das heißt, wer zu einer schwierigen bzw. ressourcenintensiven Aktivität (wie z.B. Mitarbeit in einer Partei) bereit ist, wird sich i.d.R. auch an einfacheren bzw. weniger Ressourcen benötigenden Aktivitäten (z.B. wählen, an Diskussionen teilnehmen) beteiligen. Daraus folgte die Einteilung der Bevölkerung auf einem Kontinuum politischer Aktivität. Gewaltsame Protestformen finden in diesem Schema jedoch keine Berücksichtigung. "The hierarchy includes most, but not all, common political activities that characterize the normal process of a democracy. ... The hierarchy also does not apply to behavior designed to disrupt the normal operation of democratic political processes or to dislodge a regime from office by violent means" (Milbrath 1965: 18).

Unter anderem weil diese Sichtweise nicht alle möglichen Partizipationsformen umfaßt, wurde die Vorstellung der Kumulativität und Eindimensionalität aufgegeben und politische Partizipation in der Political-Action-Studie als ein zweidimensionales Phänomen konzipiert. Die möglichen Beteiligungsformen wurden in sogenannte konventionelle Partizipationsformen (wahl- und parteiorientierte Aktivitäten) und unkonventionelle Partizipationsformen (Aktivitäten, die nicht mit dem Wahlvorgang und der Unterstützung von Parteien und Kandidaten zusammenhängen) eingeteilt. Innerhalb dieser beiden Dimensionen wurden die Aktivitäten wiederum als hierarchisch und kumulativ angesehen (vgl. Uehlinger 1988: 25f).

Marsh/Kaase "... included as conventional political participation primarily those acts of political involvement directly or indirectly related to the electoral process" (1979: 84). Im Gegensatz dazu stehen unkonventionelle Formen, "... which can be defined as behavior that does not correspond to the norms of law and custom that regulate political participation under a particular regime (Kaase/Marsh 1979: 41). Einige Autoren beziehen sich bei der Definitionen dieser Begriffe mehr oder weniger explizit auf die Legalität der Handlungen. So definiert Opp (1985: 282) konventionelle Partizipation als legale Partizipation und unkonventionelle als illegale. In späteren Schriften modifiziert er diese Definition etwas, indem er zwischen legalen und illegalen Formen des Protestes sowie konventioneller Partizipation unterscheidet. "Partizipation heißt ‚konventionell‘, wenn sie im Rahmen der durch die Verfassung vorgegebenen Bahnen stattfindet" (Opp 1997: 12). Hierunter versteht er vornehmlich die aktive Mitarbeit in Parteien, die Unterstützung eines Kandidaten oder den Besuch politischer Veranstaltungen. Das heißt, nicht alle legalen Beteiligungsformen sind per Definition als konventionell anzusehen. Auch Muller (1982: 1) untergliedert legales Verhalten ("demokratische Formen") in konventionelles (z.B. Wählen, Kontaktaufnahme mit Politikern und Beteiligung am Wahlkampf) und unkonventionelles (z.B. Unterschriftensammlungen, Boykotte und Demonstrationen). Bei illegalen Formen ("aggressive Partizipation") differenziert er zwischen zivilem Ungehorsam und politischer Gewalt.

Im weiteren Verlauf der Partizipationsforschung wurde demnach die Zweidimensionalität (konventionell versus unkonventionell) zugunsten eines mehrfaktoriellen Konstruktes aufgegeben. So haben z.B. Verba et al. (1978: 319) mit Hilfe von Faktorenanalysen vier Arten konventioneller politischer Aktivitäten ermittelt: campaign activity (Wahlkampfaktivitäten), voting (wählen), communal activity (politische Gemeindearbeit) und personalized contacts (Kontaktaufnahmen zu Politikern bzw. öffentlichen Stellen). Die Bereitschaft zu diesen konventionellen Aktivitäten korreliert zwar untereinander, läßt sich aber nicht im Sinne einer eindimensionalen Skala kumulieren.

3.1.2.2 Die Erfassung politischer Partizipation im ALLBUS 1998

Im ALLBUS 1998 wurde versucht, das ganze Spektrum politischer Beteiligung abzudecken. Neben mehreren Fragen zum Wahlverhalten wurden in den Fragen 18 bis 18c insgesamt 16 Partizipationsformen erfaßt. Hierzu gehören sowohl sog. konventionelle Beteiligungsformen (z.B. sich an Wahlen beteiligen) als auch legale (z.B. an einer genehmigten Demonstration

teilnehmen) und illegale Protestaktionen (z.B. für eine Sache kämpfen, auch wenn dazu Gewalt gegen Personen notwendig ist). Erhoben wurde,

- a) ob die Befragten die genannten Verhaltensweisen wählen würden, wenn sie Einfluß in einer für sie wichtigen politischen Sache nehmen wollten (Frage 18),
- b) ob sie sich schon einmal an solchen Aktionen beteiligt haben (Frage 18a) und wenn ja,
- c) ob dies auch innerhalb der letzten beiden Jahre der Fall war (Frage 18c).

Durch die Erweiterung der Itembatterie, die ursprünglich aus einer Studie von Schmidtchen und Uehlinger (Jugend und Staat) aus dem Jahre 1980 stammt, um fünf Items gegenüber dem ALLBUS 1988 und die weitere Ausdifferenzierung der retrospektiven Frage ('schon beteiligt' und 'seit Anfang 1996 daran beteiligt') wurde hier über eine reine Replikation hinausgegangen. Hintergrund für die Ausdifferenzierung der retrospektiven Frage ist die Überlegung, daß Beteiligungsformen, die schon sehr lange zurückliegen, durch die Messung der Einstellungen zum Zeitpunkt der Befragung nur bedingt erklärbar sind. Insofern wurde versucht, die zeitliche Nähe zwischen dem Verhalten und der Erhebung der Einstellungen zu erhöhen. Mit den neu aufgenommenen Items werden zum einen weitere wichtige unkonventionelle Beteiligungsformen (Items m, r und s), zum anderen Protestwahlverhalten (Items p und q) berücksichtigt. Wie Eilfort (1994), Eckstein (1995) und Kleinhenz (1995) zeigen konnten, stellen Wahlenthaltung und strategisches Wählen eigenständige Formen des Wahlverhaltens dar. Sie ergänzen damit die Informationen zum Wahlverhalten bei Wahlen auf Bundesland-, Bundes- und Europaebene, die durch mehrere Fragen erfaßt werden.

3.1.3 Erklärungsfaktoren politischer Partizipation

Als Ergebnis bisheriger Forschung wurden u.a. folgende Faktoren identifiziert, die als Bestimmungsgründe für politische Partizipation von Bedeutung sind (siehe hierzu z.B. Opp 1997: 12):

- a) die politische, wirtschaftliche und soziale Unzufriedenheit (v.a. als Motivationsfaktor),
- b) der wahrgenommene Einfluß auf politische Entscheidungen,
- c) die wahrgenommene Verpflichtung zu politischem Engagement (Partizipationsnormen) sowie
- d) Einflüsse von peer groups (Freunde, Mitgliedschaft in Gruppen und Organisationen, sozialen Netzwerken etc.).

3.1.3.1 Politische Unzufriedenheit

Nach einer weit verbreiteten Erklärung führt hohe Unzufriedenheit zu politischem Protestverhalten (vgl. Opp 1997: 46). Im ALLBUS sind sowohl für politische Unzufriedenheit als auch für Unzufriedenheiten auf anderen Gebieten mehrere Indikatoren enthalten.

Die berücksichtigten Indikatoren für politische Unzufriedenheit stehen in enger Verbindung zu Easton's Konzept des *political support*. Easton (1975) unterscheidet zwischen specific und diffuse support. Specific support bezieht sich auf die jeweilige Regierung, auf ihr Erscheinungsbild und ihre Leistungen aus der Sicht des Befragten.¹ Das bedeutet, daß diese Form der politischen Unterstützung mit der Selbstverortung der Befragten (z.B. Links-Rechts-Einstufung) und der derzeitigen Regierungspartei korreliert. Diffuse support hingegen bezieht sich direkt auf das zugrundeliegende politische System.² Hier spielen Vorstellungen zur Legitimität des politischen Systems eine Rolle. Hierzu gehört aber auch die Frage, inwieweit bestehende Ungleichheiten in Einkommen und Prestige zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen als gerecht angesehen werden und nach welchen Prinzipien soziale Positionen besetzt werden sollen.

Während sich die beiden Formen des political support theoretisch gut unterscheiden lassen, ist die empirische Differenzierung zwischen diesen beiden Konzepten schwieriger, weil die Zufriedenheit mit der jeweiligen Regierung (specific support) und die mitgeteilte Zufriedenheit mit dem politischen System insgesamt (diffuse support) in der Regel hoch korrelieren.

Im ALLBUS 1998 werden die beiden Formen des political support mit folgenden Fragen erfaßt:

Wie zufrieden sind Sie – insgesamt betrachtet – mit den gegenwärtigen Leistungen der Bundesregierung? (F27)

Alles in allem gesehen, kann man in einem Land wie Deutschland sehr gut leben. (F24a)

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht? (F26)

Aussagen zur Legitimation von Ungleichheit (F30)

a) Nur wenn die Unterschiede im Einkommen und im sozialen Ansehen groß genug sind, gibt es auch einen Anreiz für persönliche Leistungen.

¹ "Specific support is a response to the authorities. ... It is directed to the perceived decisions, policies, actions, utterances or the general style of these authorities" (Easton 1975: 437).

² Diffuse support "... refers to evaluations of what an object is or represents - to the general meaning it has for the person - not of what it does" (Easton 1975: 444).

- b) Die Rangunterschiede zwischen den Menschen sind akzeptabel, weil sie im wesentlichen ausdrücken, was man aus den Chancen, die man hatte, gemacht hat.
- c) Ich finde die sozialen Unterschiede in unserem Land im großen und ganzen gerecht.

Die Frage zu den Leistungen der Bundesregierung (F27) sowie die Aussage zu den allgemeinen Lebensbedingungen (F24a) werden eher dem Konzept des *specific support* zugerechnet. Die Frage nach der Zufriedenheit mit der Demokratie (F26) und die Aussagen zur Legitimität von Ungleichheit (F30) werden eher als Indikatoren für *diffuse support* angesehen.

3.1.3.2 Wirtschaftliche und sonstige Unzufriedenheiten

Die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage wird zu Beginn des Interviews mit vier Items (F1, F1a, F2, F2a) erhoben. Frage 1 bezieht sich auf die Einschätzung der momentanen allgemeinen wirtschaftlichen Situation in Deutschland, Frage 2 auf die Einschätzung bzgl. der Situation in einem Jahr. Mit den Fragen 1a und 2a werden die korrespondierenden Einschätzungen bzgl. der eigenen wirtschaftlichen Situation erfaßt. Ergänzt werden diese Beurteilungen durch die Frage nach einem befürchteten Verlust des Arbeitsplatzes bzw. der beruflichen Existenz (S7 bzw. S9).

Diese eher ökonomische Perspektive wird in Frage 38 ergänzt, indem für fünf zentrale gesellschaftliche Problembereiche erfaßt wird, inwieweit sie den Befragten Sorgen bereiten. Neben der Entwicklung der Arbeitslosigkeit und den Kosten der deutschen Einheit werden der Schutz der Umwelt, die Zahl der Zuwanderer und die Entwicklung der Kriminalität thematisiert.

3.1.3.3 Einflußmöglichkeiten

Hintergrund der Fragen zu den wahrgenommenen Einflußmöglichkeiten auf politische Entscheidungsprozesse ist das Konzept der *political efficacy*, welches u.a. auf die Arbeiten von Campbell und seinen Mitarbeitern zurückgeht (Campbell et al. 1960) und eine lange Forschungstradition aufweist.³ Nach Lane (1959) vereint das Konzept der *political efficacy* zwei Grundeinstellungen, nämlich die Einschätzung der persönlichen Einflußmöglichkeiten auf die Politik und die Einschätzung, inwieweit die Politik auf die Belange der Bürger eingeht.⁴

³ "Feelings of political effectiveness have been studied for nearly three decades" (Abramson 1983: 144).

⁴ "Lane's conception has two components: the image of oneself as effective, and the image that the government is responsive. However, Lane believes that these two components are related to each other; the concept of political efficacy 'contains the tacit implication that an image of self as effective is intimately related to the image of

Der von den Befragten subjektiv wahrgenommene Einfluß auf politische Entscheidungen läßt sich analytisch somit in zwei Ebenen trennen, den 'internalen' (internal) und den 'externalen' (external) Einfluß. Der 'externalen' Einfluß bezieht sich auf die Responsivität des politischen Systems und damit auf die generellen Chancen der Bürger, auf politische Entscheidungsprozesse Einfluß nehmen zu können. Gemessen wird er anhand der Zustimmung zu folgenden Aussagen:

Die Politiker kümmern sich nicht viel darum, was Leute wie ich denken. (F24b)

Die Politiker bemühen sich im allgemeinen darum, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten. (F24f)

Beim internen Einfluß geht es darum, inwieweit der Befragte glaubt, selbst über Möglichkeiten zu verfügen, um politisch Einfluß nehmen zu können. Indikatoren hierfür - auf einer allgemeinen Ebene - sind zwei Items (wiederum ein positiv und ein negativ formuliertes, um Verzerrungen durch Response-sets zu vermeiden) aus Frage 24:

Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befaßt, eine aktive Rolle zu übernehmen. (F24c)

Die ganze Politik ist so kompliziert, daß jemand wie ich gar nicht versteht, was vorgeht. (F24e)

Bei Item d) "Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluß darauf, was die Regierung tut" ist nicht unumstritten, welche Dimension gemessen wird (zur Zuordnung der Efficacy-Indikatoren auf die zwei Dimensionen in bisherigen Forschungsarbeiten vgl. Vetter 1997: 57). Nach Vetter handelt es sich bei diesem Item um einen Indikator der Internal Efficacy, der allerdings im Gegensatz zu den beiden oben genannten Indikatoren, die eindeutig die subjektive Beurteilung der eigenen politischen Kompetenz erfassen, eine weitergefaßte Wahrnehmung von Möglichkeiten zu einer effektiven politischen Einflußnahme anspricht (vgl. Vetter 1997: 69f). Trotz der nicht ganz eindeutigen theoretischen Bedeutung wurde dieses Item im ALLBUS 1998 repliziert, um den Fragekontext im Vergleich zu 1988 konstant zu halten.

Zusätzlich zu diesen „traditionellen“ efficacy-Items wird in Frage 19 die potentielle Einflußmöglichkeit durch die eigene Beteiligung an *bestimmten* Handlungen auf einer 7er-Skala (1 = überhaupt kein persönlicher Einfluß; 7 = sehr starker persönlicher Einfluß) gemessen. Dieser handlungsspezifische interne Einfluß wird für eine Auswahl der auch in den Partizipations-

democratic government as responsive to the people' " (Abramson 1983: 141). In dieselbe Richtung argumentiert Balsh (1974: 24): "'Internal efficacy' is the individual's belief that means of influence are available to him. 'External efficacy' is the belief that the authorities or regime is responsive to influence attempts" (zitiert nach: Abramson 1983: 143).

fragen F18 aufgeführten politischen Beteiligungsformen erhoben (verzichtet wurde hier vor allem auf die sehr seltenen Partizipationsformen). Mit diesen efficacy-Fragen kann man untersuchen, inwieweit individuelle Erfolgskalküle im Sinne des rational-choice-Ansatzes die Wahrscheinlichkeit individueller politischer Partizipation beeinflussen.

3.1.3.4 Partizipationsnormen

Neben individuellen Erfolgskalkülen können auch bestehende Normen dazu, was man im politischen Bereich tun und lassen sollte, politisches Teilnahmeverhalten beeinflussen. Entsprechende Partizipationsnormen werden in Frage 25 erfaßt. Im einzelnen beziehen sich die Partizipationsnormen auf die Pflicht des Bürgers zu wählen, die plebiszitäre Demokratiekonzeption (Volksabstimmungen als notwendiger Bestandteil der Demokratie, Demokratie in allen gesellschaftlichen Bereichen verwirklichen), die Bedingungen, unter denen man sich politisch engagieren soll (wenn man sehr unzufrieden ist bzw. nur wenn man glaubt, etwas erreichen zu können), den Einsatz von Gewalt sowie die Aussage, daß man die Politik den Volksvertretern überlassen sollte.

Mögliche Fragestellungen wären z.B. die nach den relativen Einflußstärken von Partizipationsnormen und subjektiven Erfolgserwartungen oder die nach möglichen Interaktionen zwischen diesen beiden Typen unabhängiger Variablen. So ist es denkbar, daß einige Normen (z.B. bezüglich der Legitimität des Einsatzes von Gewalt) als Filter wirken, die die Menge der für den einzelnen in Frage kommenden Handlungsalternativen einschränkt, oder auch daß die Normerfüllung (z.B. bei der Wahlteilnahme) als Wert per se die subjektive Erfolgserwartung ersetzen kann. Opp (1997) geht von einer multiplikativen Verknüpfung von perzipierten Einflußmöglichkeiten und Partizipationsnormen als moralischen Anreizen aus.

3.1.3.5 Soziale Anreize

Politische Partizipation kann auch aufgrund von Anreizen anderer Personen oder Institutionen erfolgen oder zumindest durch die partizipationsfördernde oder -hemmende Wirkung relevanter Bezugsgruppen mit beeinflußt werden. Deshalb wurde im ALLBUS 1998 erfaßt, wie viele der Freunde der Befragten Kritik an der gegenwärtigen politischen Situation üben (F28) bzw. politisch aktiv sind (F29). Weiterhin wurden die gegenwärtigen und die früheren Mitgliedschaften in politischen Parteien, in Gewerkschaften/Berufsverbänden sowie in anderen Vereinen und Organisationen erfragt. Vor allem in Bürgerinitiativen und alternativen Gruppen

wird Engagement ermutigt und bestärkt, weshalb auch die ALLBUS-Standardfragen um eine Frage nach der Mitgliedschaft speziell in solchen Gruppen ergänzt wurde. Aber auch über diese unmittelbaren Gruppeneinflüsse hinaus ist die Einbindung in Gruppen und soziale Netze, das social capital (vgl. Putnam 1995; Sandefur/Laumann 1998) relevant. Die wichtigsten Hypothesen in bezug auf politische Partizipation sind hier zum einen, daß die soziale Integration in konventionellen Gruppen positive Effekte auf konventionelle Beteiligungsformen hat, zum anderen, daß die aktive Einbindung in soziale Netze nicht-politischen Charakters dem Engagement in politischen Institutionen und sozialen Bewegungen *vorausgeht* - deshalb auch die Frage nach den *früheren* Mitgliedschaften.

In Frage S58 wird nach einem besonderen Aspekt gefragt, nämlich danach, inwieweit man sich von verschiedenen Gruppen und Organisationen in seinen Interessen vertreten fühlt. Repräsentationsdefizite, die mit dieser Frage erfaßt werden, sind nach Weißels (1994) Bestimmungsgründe für konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation.

Neben diesen Faktoren finden sich im Fragebogen noch eine ganze Reihe weiterer Variablen, die möglicherweise politische Partizipation beeinflussen können. Hierzu zählen neben den soziodemographischen Variablen z.B. Grundeinstellungen wie der (Post-)Materialismus oder auch die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Milieus, wie sie durch die Lebensstilfragen im ALLBUS 1998 identifiziert werden können. Beispielsweise konnte Otte (1996) "einen 'Lebensstil-Cleavage' hinsichtlich 'neuerer' Trends im Wahlverhalten, nämlich der Wahl der Grünen und der Wahlenthaltung" (S. 339) aufzeigen. Es erscheint daher durchaus sinnvoll, auch dem Zusammenhang zwischen sozialen Milieus und anderen Partizipationsformen nachzugehen.

3.2 Lebensstile

Für die ALLBUS-Erhebung, die sich durch die detaillierte Erfassung von beruflichen und bildungsbezogenen Informationen der Befragten und ihrer Elterngeneration zur Untersuchung von traditionellen Ungleichheitslinien besonders eignet, erschien es lohnenswert, die Perspektive zu erweitern und auch sogenannte subjektive Ungleichheitsdimensionen - im **Sinne von Lebensstilen** - zu erfassen.

Die Diskussion um "neue" soziale Ungleichheiten bezieht ihre Legitimation zu einem großen Teil aus der These, daß klassische Ungleichheiten zur Vorhersage des Handelns von Menschen an Bedeutung eingebüßt haben, neue Ungleichheiten - im Sinne von Lebensstilen und sozialen Milieus - hingegen an Bedeutung gewonnen haben (vgl. Hradil 1992). Auf die gesamte Bundesrepublik bezogene allgemein zugängliche Erhebungen, mit denen diese These empirisch überprüft werden könnte, liegen bis auf eine Ausnahme (Wohlfahrtssurvey 1993) nicht vor. Daß Bedarf an derartigen Daten besteht, wurde auch deutlich in der ALLBUS-Nutzerumfrage 1993, in der dieses Thema zu jenen gehörte, die häufiger für den ALLBUS vorgeschlagen wurden.

Die Aufnahme von Fragen zu Lebensstilen im ALLBUS soll zur Schließung dieses Defizites beitragen. Die ALLBUS-Erhebung bietet sich in besonderer Weise an, da sie mit ihren standardmäßig enthaltenen Fragen unter theoretischen Gesichtspunkten wichtige Anknüpfungspunkte für Analysen eröffnet: Neben der Möglichkeit, systematisch die Zusammenhänge zwischen traditionellen Ungleichheitsklassifikationen und Lebensstilen zu untersuchen, wird die Chance eröffnet, die Erklärungskraft der verschiedenen Klassifikationen für bestimmte Outcome-Variablen - beispielsweise für das Wahlverhalten und verschiedene Einstellungsvariablen - unmittelbar zu vergleichen.

Primärer Ausgangspunkt sozialwissenschaftlicher Studien zu Lebensstilen und sozialen Milieus sind die Thesen von Individualisierung und Pluralisierung. Im Kern wird postuliert, daß mit der kollektiven Zunahme von Wohlstand, Bildung, Freizeit und im Zuge des Wertewandels die individuellen Gestaltungsspielräume und Wahlmöglichkeiten zugenommen haben (vgl. Beck 1986; Zapf 1987). Dies bedeutet auf der Ebene der Personen, daß im historischen Vergleich ein Mehr an individuellen Entscheidungen bezüglich des eigenen Lebenslaufs und Lebensstils gefordert ist, und auf der gesellschaftlichen Ebene, daß eine zunehmende Differenzierung von Lebensstilen beobachtbar ist. Inwieweit Individualisierungsprozesse tatsächlich in größerem Umfang stattgefunden haben, ist allerdings umstritten (vgl. z.B. Müller 1997; Jagodzinski/Quandt 1997; Schnell/Kohler 1995 und 1997).

3.2.1 Die Konzepte "Lebensstil" und "soziales Milieu"

Das Konzept "Lebensstil" wird in der Vielzahl der mittlerweile vorliegenden Untersuchungen unterschiedlich gefaßt.⁵ Weitgehend Einigkeit besteht darüber, daß Lebensstile sich auf *individuelles Handeln* und zwar insbesondere auf *Handlungsroutinen im Alltag* beziehen (vgl. z.B. Hradil 1992; Lüdtkke 1989; Voß 1991; Zapf 1987). Darüber hinaus wird Lebensstilen häufig ein *expressiver und stilisierender Charakter* zugeschrieben. Lebensstile dienen in diesem Sinne dem Demonstrieren von sozialen Zugehörigkeiten, der Abgrenzung und der Distinktion oder sozialen Schließung (vgl. Bourdieu 1994; Lüdtkke 1990; Schulze 1992). Lebensstile haben damit sozial strukturierende Wirkung. Mit diesem Ansatz knüpfen Lebensstilkonzepte mehr oder weniger unmittelbar an das Konzept der Lebensführung von Ständen und Berufen bei Max Weber an (vgl. Lüdtkke 1989; Müller 1989). Weiterer klassischer Anknüpfungspunkt sind die Überlegungen von Georg Simmel, der Lebensstil als Versuch des Individuums deutet, aus der wachsenden Vielfalt des kulturellen und Warenangebotes eine *aktive* Auswahl zu treffen. Der individuelle, aber sozial sanktionierte Lebensstil dient hier der subjektiven Identitätssicherung und dem Kenntlichmachen sozialer und kultureller Zugehörigkeiten (vgl. Lüdtkke 1989: 26ff.).

Unumstritten ist in der Lebensstilforschung, daß es eine "objektive" Basis des Lebensstils im Sinne von materiellen und kulturellen Ressourcen gibt. So sieht etwa Zapf (1987: 14f) im Lebensstil ein "relativ stabiles Muster der Organisation des Alltags im Rahmen gegebener Lebenslagen, verfügbarer Ressourcen und getroffener Lebensplanung". Unumstritten ist aber auch, daß es *zumindest eine gewisse Entkoppelung* zwischen materiellen Ressourcen und Klassenlagen einerseits und Lebensstilen andererseits gibt. Die Pluralisierungs- und Individualisierungsthesen, ebenso wie die Lebensstilforschung basieren genau auf der Beobachtung, daß sich die soziale Wirklichkeit nicht mehr den einfachen, klaren Linien von Klassen(lagen) und Schichten fügt.⁶ Gleichzeitig gehen allerdings die Ansichten weit darüber auseinander, wie stark das Ausmaß der Entkoppelung von Lebensstilen und Klassenlagen ist. Während noch Bourdieu (1994) einen starken Zusammenhang zwischen Klassenlage und ästhetischen Orientierungen bzw. Lebensstil annimmt, betont Schulze (1992) die Eigendynamik und Eigenlogik von Lebensstilen.

⁵ Vgl. die Zusammenfassungen in Müller (1989) und Lüdtkke (1989: Kap. 4) sowie die kritischen Bewertungen in Berger (1994) und Hartmann (1995).

⁶ Vgl. z.B. Hradil (1992) und Noll (1997) für eine Zusammenfassung der wichtigsten Argumente, die von der neuen gegenüber der klassischen Ungleichheitsforschung vorgebracht werden.

3.2.2 Theoretische Dimensionen und Indikatoren von Lebensstilen bzw. sozialen Milieus

Die meisten Lebensstilforscher stimmen darin überein, daß im Mittelpunkt des Lebensstilkonzeptes die Organisation des Alltags durch das Individuum steht. In der empirischen Forschung konzentrieren sie sich allerdings im wesentlichen auf die Alltagsorganisation in einem einzigen Lebensbereich, dem *Freizeitbereich*, wobei gängige Freizeitbeschäftigungen sowohl im häuslichen wie im außerhäuslichen Bereich abgefragt werden. Die Fokussierung auf den Freizeitbereich ist dann folgerichtig, wenn man davon ausgeht, daß vor allem in diesem Lebensbereich - im Gegensatz zum Erwerbsbereich - individuelle Wahl- und Gestaltungsmöglichkeiten gegeben sind, also ein individueller Lebensstil und expressive Selbstdarstellung gelebt werden können.

Neben dem konkreten Freizeitverhalten selbst werden in vielen Studien *ästhetische Präferenzen* erhoben, indem Musik-, Fernseh- und Buchgeschmack, Speisegewohnheiten, Kleidungsstil, Einrichtungsstil und Wohnungsausstattung erfragt werden (z.B. Bourdieu 1994; Lüdtke 1989; Schulze 1992; Spellerberg 1993).

Von einer einheitlichen Wahl von Indikatoren zur empirischen Feststellung von Lebensstilen kann also nicht die Rede sein. Eine hauptsächliche Trennlinie ist insofern erkennbar, als sich einige Studien in erster Linie auf Fragen der Freizeitgestaltung und *Alltagsästhetik*, andere hingegen auf Fragen der allgemeinen Lebensorientierung (im Sinne von Lebenszielen, Orientierungen und Werten) - d.h. vereinfachend gesagt: auf die *Alltagsethik* - konzentrieren.

Die theoretischen *Dimensionen*, die der Auswahl der Indikatoren zugrunde liegen, variieren zwischen den einzelnen Studien. Theoretisch am weitgehendsten ausgearbeitet ist der Ansatz von Schulze (1992). Er unterscheidet drei alltagsästhetische Schemata im Sinne von hauptsächlichen Dimensionen der ästhetischen Orientierung: das "Hochkultur-", das "Trivialekultur-" und das "Spannungsschema". Im Hochkulturschema orientiert sich die Freizeitgestaltung an der traditionellen bürgerlichen Kulturtradition, d.h. im Mittelpunkt stehen die "schönen Künste" und sonstige als "anspruchsvoll" und "kulturell wertvoll" definierte ästhetische Angebote. Der ästhetische Orientierungspunkt im Trivialekulturschema ist hingegen eine heile, harmonische Welt, die im sogenannten "Kitsch" ihren Ausdruck findet. Im Spannungsschema werden ästhetische Vorlieben zusammengefaßt, die durch Bewegung, Ab-

wechslung, Spannung und starke Sinneseindrücke charakterisiert sind. Die alltagsästhetischen Schemata werden von Schulze (1992) über Indikatoren zur Freizeitgestaltung, zum Musik- und Fernsehgeschmack und zu den Lektüregewohnheiten erhoben.

Die Liste der Dimensionen, die den Indikatoren zu Freizeitgestaltung, Ästhetik und Orientierungen bzw. Werthaltungen in den verschiedenen Studien zugrundeliegt, ist damit nicht erschöpft: Heim- vs. Öffentlichkeitszentrierung, aktiv-sportliche vs. passiv-konsumptive Freizeitgestaltung, materialistische vs. postmaterialistische Wertorientierungen, Traditionalismus vs. Modernität sind nur einige weitere Dimensionen, die in einzelnen Untersuchungen herangezogen werden.⁷

Aufgrund des engen zeitlichen Rahmens für das Thema Lebensstile konnten im ALLBUS 1998 nur einige Aspekte von Lebensstilen erfaßt werden. Ausgewählt wurden Freizeitaktivitäten sowie Musik- und Fernsehgeschmack als Indikatoren alltagsästhetischer Präferenzen, mit deren Hilfe man nach den bisher vorliegenden Ergebnissen Lebensstile recht gut abbilden kann. Um auch die Dimension der allgemeinen Lebensorientierung zumindest ansatzweise zu berücksichtigen, wurde außerdem die ALLBUS-Frage nach der Wichtigkeit von Lebensbereichen repliziert.

3.2.2 Zu den im ALLBUS erhobenen Fragen im einzelnen

Bei der Erfassung der *Freizeitaktivitäten* wurde versucht,

- 1) in der Bevölkerung häufig vorkommende Freizeitaktivitäten zu berücksichtigen, und
- 2) die Dimensionen, die sich in anderen Studien als relevant erwiesen haben, zu erfassen. Wichtige Dimensionen sind hierbei: Ort der Freizeitgestaltung (zu Hause vs. außer Haus), Familien- und Verwandtschaftsorientierung, politisches und soziales Engagement sowie die ästhetischen Schemata Spannungs-, Trivialkultur- und Hochkulturorientierung.

Bei den im ALLBUS verwendeten Items handelt es sich weitgehend um Replikationen aus bereits vorliegenden Studien. Frage 4a ist die lediglich um zwei Fragen zur Mediennutzung (diese erscheinen in modifizierter Form in Frage 4) gekürzte Frage aus dem SOEP (1990 und 1995). In Frage 4 werden einige Items aus dem Wohlfahrtssurvey (1993) zum teil exakt (Items a, e und h), zum Teil in mehr oder weniger stark modifizierter Form (Items g und j) übernommen, allerdings mit den Antwortkategorien aus dem SOEP. Die Items b, c und d stammen

⁷ Vgl. die Übersicht in Lüdtko (1989: 104f.)

aus der Massenkommunikationsstudie, wobei b leicht verändert wurde. Item k wurde aus Vester et al. (1993) repliziert, Item f ist eine Neuformulierung. Die für die Erfassung von typischen Formen der Alltagsorganisation wichtigen Fragen nach der Mediennutzung werden zum Teil hier gestellt (Items a, b, c, d, f); für Fernsehen, Radio und Tageszeitung werden Häufigkeit und Dauer der Nutzung detaillierter im Medienteil (s. Abschnitt 3.3) erhoben.

Übersicht 3: Fragen zum Thema Lebensstile

Frage	Frage-Nr.	Quelle
Freizeitaktivitäten	4 4a	Überwiegend Wohlfahrtssurvey 1993 und Massenkommunikation 1995, modifiziert. SOEP 1990, 1995, zwei Items wurden in modifizierter Form in Frage 4 integriert.
Wichtigkeit verschiedener Lebensbereiche	3	Replikation aus ALLBUS 1980, 82, 86, 90, 91, 92. In den Jahren 1980 und 1982 wurden nur die Items A-G erhoben
Musikgeschmack	5	Wohlfahrtssurvey 1993, modifiziert
Fernsehgeschmack	9	Wohlfahrtssurvey 1993, modifiziert
Interesse an Inhalten der Tageszeitung	13	Wohlfahrtssurvey 1993 und Massenkommunikation 1995, modifiziert
Regelmäßig gelesene Zeitschriften und Wochenzeitungen	14	Neuformulierung

Massenkommunikation 1995. ZANr. 2824

Wohlfahrtssurvey 1993. ZANr. 2792

Um die Erfassung der Hauptdimensionen des kulturellen Geschmacks geht es in der Frage zur *Musikstilpräferenz* (F5). Hier wird für fünf Musikstile – nämlich Volksmusik, deutsche Schlagermusik, Pop- und Rockmusik, Klassische Musik, Jazz - erfaßt, ob die Befragten diese Musikart jeweils gerne oder ungern hören. Im Vorfeld durchgeführte Faktorenanalysen mit dem Wohlfahrtssurvey 1993 hatten gezeigt, daß mit diesem - aufgrund der Zeitrestriktionen im ALLBUS 1998 - relativ wenig differenzierten Instrument die drei Hauptdimensionen des kulturellen Geschmacks (Hochkultur-, Trivial- und Spannungsschema) abgedeckt werden.

Wie wichtig es ist, nicht nur Geschmackspräferenzen, sondern auch die negative Dimension, die explizite Ablehnung von Stilrichtungen, zu berücksichtigen, hat Bryson (1996) theoretisch begründet und anhand der Daten des amerikanischen General Social Survey (GSS) 1993 demonstriert. Die Ablehnung anderer kultureller Muster definiert Toleranzgrenzen und dient der kulturellen Exklusion. Insbesondere konnte sie zeigen, daß Personen mit höherer Bildung zwar einen breiteren, 'toleranten' Musikgeschmack aufweisen, aber gleichzeitig genau die Stilrichtungen am ehesten ablehnen, die das am wenigsten gebildete Publikum präferiert.

Bryson spricht hier von "... multicultural capital with clear patterned boundaries that exclude low-status cultural styles" (Bryson 1996: 894).

Neben der Musikpräferenz können auch andere der im folgenden Abschnitt 3.3 vorgestellten *Medienfragen* im Kontext von Fragestellungen der Lebensstilforschung verwendet werden. So kann insbesondere auch das Interesse an bestimmten TV-Sendungen zur Klassifizierung des kulturellen Geschmacks herangezogen werden. Die offen erfaßte Information über die Titel regelmäßig gelesener Zeitschriften und Wochenzeitungen erlaubt für diesen Bereich sogar die Identifikation 'feinerer Unterschiede', und die Fragen zu Häufigkeit und Dauer der Mediennutzung betreffen einen wichtigen Aspekt der Alltagsorganisation.

Während in den bisher erläuterten Fragen eher alltagsästhetische Aspekte betont werden, stellt die Frage nach der *Wichtigkeit einzelner Lebensbereiche* eine Ergänzung um die Dimension der allgemeinen Lebensorientierung dar. Die Itematterie war in der Vergangenheit bereits mehrmals Bestandteil des ALLBUS.

3.3 Mediennutzung

Die Aufnahme von Fragen zur Mediennutzung in den ALLBUS ist in den vergangenen Jahren von verschiedener Seite angeregt worden. Zur Festlegung der Ziele und Inhalte eines entsprechenden Fragenmoduls fand im Frühjahr 1997 bei ZUMA eine Expertenrunde statt.⁸ Die Expertengruppe kam überein, daß ein Themenkomplex Mediennutzung im ALLBUS neben einer groben Beschreibung des Umfangs und der Inhalte des Mediennutzungsverhaltens vor allem Zusammenhangsanalysen mit Einstellungs- und Handlungsvariablen ermöglichen sollte. Einer detaillierten Deskription von Häufigkeit und Dauer der Nutzung unterschiedlicher Medien hingegen dienen spezifische Mediensurveys wie z.B. die Media-Analyse oder die Massenkommunikationsstudien, die dies weitaus differenzierter leisten können als eine Mehrthemenumfrage wie der ALLBUS. Für die o.g. Untersuchung von Zusammenhängen z.B. zwischen Mediennutzung und politischer Partizipation wird hingegen ein Defizit an Studien konstatiert (vgl. Brettschneider 1995, Schrott 1995), das mit dem ALLBUS verringert werden könne.

⁸ An dieser Runde haben folgende externe Wissenschaftler teilgenommen: Dr. Hasebrink (Hans-Bredow-Institut Hamburg), Prof. Kiefer (Universität Wien), Prof. Scheuch (Universität Köln), Prof. Schulz (Universität Erlangen-Nürnberg) und Prof. Weiß (Freie Universität Berlin).

Auf Basis der Anregungen der Expertengruppe wurden im ALLBUS 1998 folgende Fragen zur Mediennutzung berücksichtigt:

- zeitlicher Umfang der Mediennutzung
- Interesse für bestimmte Medieninhalte (Fernsehsendungen, Teile der Tageszeitung sowie regelmäßig gelesene Zeitschriften und Wochenzeitungen)
- medienbezogene Freizeitaktivitäten
- Glaubwürdigkeit einzelner Medien
- Medien als Informationsquelle über das politische Geschehen.

Mit diesen Fragen lassen sich sowohl zum Schwerpunktthema politische Partizipation als auch zum Themenkomplex Lebensstile Verbindungen herstellen. In Übersicht 4 sind die einzelnen Fragen aufgelistet.

Übersicht 4: Fragen zum Thema Mediennutzung

Frage	Frage-Nr.	Bemerkungen
Itembatterie zu Freizeitaktivitäten	4	Enthält mehrere Items zur Mediennutzung
Art des Fernsehempfangs	6	
Fernsehkonsument in Tagen je Woche	7	
Fernsehkonsument in Stunden und Minuten je Tag	8	
Interesse an verschiedenen Arten von Fernsehsendungen	9	In modifizierter Form aus dem Wohlfahrtssurvey 1993 übernommen
Radiokonsument in Tagen je Woche	10	
Radiokonsument in Stunden und Minuten je Tag	11	
Tageszeitungslektüre in Tagen je Woche	12	
Interesse an Inhalten der Tageszeitung	13	In modifizierter Form aus dem Wohlfahrtssurvey 1993 und der Massenkommunikationsstudie 1995 übernommen
Regelmäßig gelesene Zeitschriften und Wochenzeitungen	14	Offene Frage
Glaubwürdigkeit von Medien	15	Replikation aus der Massenkommunikationsstudie 1995
Wichtigkeit von Zeitungen/Fernsehen/ persönlichen Gesprächen als Informations- quelle über politisches Geschehen	16 16a, 17	

Massenkommunikationsstudie 1995. ZANr. 2824

Wohlfahrtssurvey 1993. ZANr. 2792

Der *quantitative Aspekt* der Mediennutzung wird für verschiedene Medien unterschiedlich differenziert erfaßt. Für das Fernsehen (F7), das Radio (F10) sowie die Tageszeitung (F12) wird jeweils die Anzahl an Tagen je Woche erfaßt, an denen diese Medien im Schnitt genutzt werden, für das Fernsehen (F8) und das Radio (F11) zusätzlich die durchschnittliche Dauer des Konsums in Stunden und Minuten an den Tagen, an denen diese Medien genutzt werden. Durch eine multiplikative Verknüpfung der beiden Variablen 'Häufigkeit' und 'Dauer' erhält man einen Durchschnittswert pro Woche für die Nutzungsdauer. Zum quantitativen Aspekt der Mediennutzung zählen auch die Medienitems in Frage 4 (Bücher lesen; Zeitschriften lesen; Schallplatten, CD's, Kassetten hören; Videokassetten anschauen; das Internet oder spezielle Online-Dienste nutzen). Mit Frage 6 wird die Art des Fernsehempfangs (Kabel, Satellitenempfang etc.) erhoben. Sie dient in erster Linie als grober Indikator für die den Befragten zur Verfügung stehende Programmvvielfalt.

Neben Fragen zum quantitativen Aspekt der Mediennutzung wurden Fragen zu den *Medieninhalten* gestellt. Ziel dieser Fragen ist es, Mediennutzungsstile zu erfassen - insbesondere die Informations- vs. Unterhaltungsorientierung der Befragten. Sie umfassen das Interesse an bestimmten Arten von Fernsehsendungen (F9), an verschiedenen Inhalten der Tageszeitung (F13) und die regelmäßig gelesenen Zeitschriften und Wochenzeitungen (F14).

Ausgangspunkt für die Erhebung des Interesses an verschiedenen *Fernsehsendungen* war eine Itembatterie aus dem Wohlfahrtssurvey 1993, wobei aus Zeitgründen - auf der Basis der Ergebnisse von Faktorenanalysen - die Itemliste etwas gekürzt wurde. Dennoch können mit dieser Frage sowohl die Nutzungsstile in bezug auf dieses Medium identifiziert werden (Fernsehen zur Unterhaltung, um Tagesaktuelles zu erfahren oder zur darüber hinausgehenden Information) als auch die hauptsächlichen Dimensionen des Fernsehgeschmacks (Hochkultur-, Trivialkultur- und Spannungsschema) abgebildet werden. Insgesamt wurden im ALLBUS 1998 zehn Arten von Sendungen vorgegeben:

- Fernsehshows, Quizsendungen
- Sportsendungen
- Spielfilme
- Nachrichten
- Politische Magazine
- Kunst- und Kultursendungen
- Heimatfilme

- Krimis, Krimiserien
- Actionfilme
- Familien- und Unterhaltungsserien

Diese Liste ist auch für die Analyse von Fragestellungen im Kontext des Themenschwerpunkts politische Partizipation geeignet, weil bei den politikbezogenen Inhalten zwischen 'Nachrichten', deren Nutzung oftmals habitualisiert erfolgt, und 'politischen Magazinen' differenziert wird. Somit können z.B. Beziehungen zwischen der Nutzung politikbezogener Medieninhalte und konventioneller politischer Partizipation, insbesondere der Wahlbeteiligung, (vgl. z.B. Schrott 1995) mit dem ALLBUS 1998 untersucht werden.

Erfaßt wurden die Inhaltspräferenzen anhand einer 5er-Skala (1 = interessiert mich sehr stark; 5 = interessiert mich überhaupt nicht), wobei die u.E. nicht eindeutige Mittelkategorie "teils/teils" aus dem Wohlfahrtssurvey durch die Kategorie "mittel" ersetzt wurde. "Teils/teils" impliziert weniger - wie intendiert - eine mittlere Intensität des Interesses an Sendungen des jeweiligen Typs als vielmehr, daß das Interesse zwischen verschiedenen Sendungen dieses Typs variiert. Damit war zu befürchten, daß diese Antwortkategorie vor allem bei weiten, heterogenen Vorgaben - wie z.B. „Spielfilme“ - mitunter auch dann gewählt werden würde, wenn nicht ein generelles mittelstarkes Interesse ausgedrückt werden soll.

Die Auswahl der abgefragten Inhalte der *Tageszeitung* basiert auf Auswertungen des Wohlfahrtssurveys und der Massenkommunikationsstudie (vgl. Berg/Kiefer 1992 und 1996), die diesen Aspekt in ähnlicher Frageformulierung erhoben. Hauptkomponentenanalysen ergaben bei der Massenkommunikationsstudie fünf Faktoren, nämlich 1) Politik und Wirtschaft, 2) Sensationen und Unterhaltung, 3) Lokales und Anzeigen, 4) Feuilleton und Kinotips sowie 5) Sport. Die Auswertung des Wohlfahrtssurveys erbrachte drei Faktoren, nämlich 1) Politik, Wirtschaft und Kultur, 2) Lokales, Kleinanzeigen und Werbung sowie 3) Sport. Um diese Dimensionen auch im ALLBUS erfassen zu können, wurden folgende Inhalte vorgegeben:

- Politik
- Wirtschaft
- Kultur
- Sport
- Lokales

- "Aus aller Welt", vermischte Nachrichten
- Werbung, Kleinanzeigen

Die Titel der regelmäßig gelesenen *Wochenzeitungen und Zeitschriften* wurden in einer offenen Frage (F14) erfaßt. Pro Befragter waren bis zu sechs Nennungen möglich. Die Einzeltitel wurden im ALLBUS-Datensatz in sogenannte redaktionelle Gruppen kategorisiert, wobei jeder Titel weiterhin erkennbar blieb. Dadurch haben die Nutzer die Möglichkeit, je nach Forschungsinteresse eigene Kategorisierungen anzuwenden oder gegebenenfalls verschiedene miteinander zu vergleichen. Grundlage für die Kategorisierung waren Recherchen im Presse- und Medienhandbuch STAMM 1998.⁹ Einzeltitel, die in diesem Verzeichnis nicht gefunden werden konnten, wurden soweit möglich anhand des Titels kategorisiert. Zu erwähnen ist, daß die Frage nach den Lesegewohnheiten auch - wie bereits angesprochen - für Lebensstilanalysen von Interesse sein kann.

Die kognitive Medienbindung wird mit einer Frage zur *Glaubwürdigkeit* der einzelnen Medien aus Sicht der Befragten erfaßt. Bei dieser aus der Massenkommunikationsstudie 1995 übernommenen Frage sollen die Befragten angeben, welchem Medium sie im Falle widersprüchlicher Berichterstattungen am ehesten glauben würden. Um Medienpräferenzen - allerdings auf den Bereich der politischen Information konkretisiert - geht es auch bei der Frage nach der Wichtigkeit von Fernsehen, Tageszeitung und persönlichen Gesprächen als Informationsquelle über das politische Geschehen. Diese Frage ist auch insbesondere in Zusammenhang mit dem Schwerpunktthema 'Politik' von Interesse.

Auf Fragen zur Rezeptionssituation (Aufmerksamkeit, Programmauswahl), zur Ausstattung mit verschiedenen Kommunikationstechnologien im Haushalt sowie zur Medienbindung mußte aufgrund der zeitlichen Beschränkung verzichtet werden.

⁹ STAMM 1998 Presse und Medienhandbuch. Leitfaden durch Presse und Werbung. Essen: STAMM Verlag, 51. Ausgabe

3.4 Weitere ALLBUS-Replikationsfragen

Verschiedene subjektive Wahrnehmungsindikatoren sind mehr oder weniger regelmäßig Bestandteil der ALLBUS-Erhebungen. Sie sollen zum einen deskriptiv die objektiven Ungleichheitsindikatoren ergänzen, ein Aspekt, der insbesondere in Zusammenhang mit der Frage der Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen West- und Ostdeutschland nach wie vor von besonderem Interesse ist. Zum anderen haben sie auch eine wichtige Funktion als erklärende Variablen. Aus diesen Gründen gehören die subjektive Schichteinstufung (F34) und die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung (F1, 1a, 2 und 2a) zum Standardprogramm des ALLBUS.

Mit der – erstmals 1991 eingesetzten - Fragenbatterie zum Verhältnis zwischen alten und neuen Bundesbürgern (F39) wird das Meinungsklima zu mehreren mit der deutschen Vereinigung zusammenhängenden Problembereichen erfaßt. Die regelmäßige Erhebung dieser Items soll es erlauben, den Prozeß der Herstellung der „inneren“ Einheit Deutschlands näher zu beleuchten.

3.5 Demographiefragen

Einen Überblick über die im ALLBUS 1998 erhobenen demographischen Informationen zum Befragten, zu seinem Ehe-/Lebenspartner sowie zu seinen Eltern gibt Übersicht 5.

Übersicht 5: Demographische Variablen im ALLBUS 1998

Themenbereich	Frageninhalt	Fragennummern			
		Befragter	Ehepartner	Partner	Vater (Mutter)
zur Person	Geschlecht	S1			
	Geburtsdatum (Monat/Jahr)	S42	S48d	S31, S48d	
	Geburtsland	S43			
	seit wann in Deutschland	S44			
	Staatsangehörigkeiten	S45			
	Konfession, Kirchgang	S51, S52			
Bildung	höchster allgemeinbildender Schulabschluß	S2	S23	S32	S40 (S41)
	berufliche Ausbildungsabschlüsse	S3	S24	S33	
Erwerbstätigkeit derzeit	Erwerbstätigkeit (haupt-, teil-, nebenberuflich, nicht)	S4	S25	S34	
	berufliche Stellung	S5	S26	S35	S38
	berufliche Tätigkeit	S6 bzw. S8	S27	S36	S39
	im Öffentlichen Dienst beschäftigt	S10			
	Arbeitszeit (Stunden je Woche)	S11			
	Leitungsfunktion (Weisungsberechtigung gegenüber anderen)	S12			
	Sicherheit berufliche Existenz/Arbeitsplatz	S7 bzw. S9			
Erwerbstätigkeit früher	Ende (Jahr) der letzten hauptberuflichen Tätigkeit	S16			
	letzte berufliche Stellung	S17			
	letzte berufliche Tätigkeit	S18			
Nicht- Erwerbstätigkeit	Status der Nicht-Erwerbstätigkeit (Schüler, Rentner etc.)	S15	S28	S37	
	Arbeitslosigkeit (derzeit und in letzten 10 Jahren)	S13-S15, S19-S21			
Familie/ Partnerschaft	Familienstand	S22			
	fester Lebenspartner	S29			
	gemeinsamer Haushalt mit Lebenspartner	S30			
Einkommen	monatliches Nettoeinkommen Befragter/Haushalt	S46 / S49			

Themenbereich	Frageninhalt	Fragennummern
andere Haushalts- mitglieder 1. bis 7. Person	Zahl der Haushaltsmitglieder Verwandtschaftsgrad zum Befragten Geschlecht Geburtsdatum (Monat/Jahr) Familienstand	S47 S48b S48c S48d S48e
Wohnsituation	Wohnform (Miete, Eigentum etc.)	S50
	Telefonanschluß Telefonbucheintrag	S50a S50b

3.6 Sonstige Variablen des ALLBUS 1998

In jedem ALLBUS sind neben den Angaben der Befragten auch Variablen mit Informationen enthalten, die nicht erfragt, sondern nachträglich zugespielt bzw. errechnet werden.

3.6.1 Abgeleitete Variablen

Der Inglehart-Index, die Prestigewerte für die Berufsangaben, der Einordnungsberuf, der Goldthorpe-Index sowie die Haushalts- und Familientypologien sind Variablen, die nachträglich auf der Grundlage der von den Befragten im Interview gemachten Angaben gebildet werden. Sie sollen hier kurz aufgeführt werden, nähere Informationen zu Inhalt und Konstruktion dieser Variablen enthält das Codebuch.

Ausgangsbasis für den Inglehart-Index zur Messung materialistischer und postmaterialistischer Orientierungen sind die Angaben der Befragten über ihre politischen Prioritäten in Frage 32 (zu alternativen Messungen vgl. Krebs/Hofrichter 1989). Die Indexbildung erfolgt in Anlehnung an Inglehart (1971), wobei Materialisten, Postmaterialisten und sogenannte Mischtypen unterschieden werden.

Alle offen erfaßten Angaben zu beruflichen Tätigkeiten werden bei ZUMA sowohl nach der Internationalen Standardklassifikation der Berufe von 1968 (ISCO 1968) als auch nach der revidierten Fassung von 1988 (ISCO 1988) vercodet. Auf der Grundlage der alten ISCO-Codes werden die Berufsprestigewerte nach Treiman (vgl. Treiman 1977) und die Magnitudeprestigewerte nach Wegener (vgl. Wegener 1985) zugewiesen. Eine Liste der ISCO-Codes sowie nähere Angaben zur Bildung der Berufsprestigevariablen enthält das Codebuch.

Der Einordnungsberuf soll auch für nicht erwerbstätige Befragte eine Beschreibung von Lebenslagen und sozialer Position aufgrund ihrer indirekten Beziehung zum Beschäftigungssystem ermöglichen - etwa über den Beruf des Ehepartners oder des Vaters. Das Konzept geht auf Pappi (1979) zurück. Der im ALLBUS 1998 enthaltene Einordnungsberuf stellt eine von Terwey vorgeschlagene Modifikation des ursprünglichen Konzeptes dar (vgl. die Anmerkung zum Einordnungsberuf im Codebuch).

Der Goldthorpe-Index, ein Klassenschema, bei dem Individuen auf der Grundlage ihrer Beschäftigungsverhältnisse - berufliche Stellung und ISCO-Code der beruflichen Tätigkeit -

11 verschiedenen Klassenlagen zugeordnet werden, wurde bis 1994 nur für den Einordnungsberuf gebildet. Um die Analysemöglichkeiten zu erweitern, wird seit 1996 für alle Berufsvariablen (eigener jetziger oder früherer Beruf, ggf. aktueller Beruf des Ehe- bzw. Lebenspartners, Vaterberuf, Einordnungsberuf) der Goldthorpe-Index gebildet (zur Operationalisierung des Klassenschemas nach Goldthorpe im ALLBUS vgl. Beckmann/Trometer 1991, Trometer 1993). Dadurch können jetzt insbesondere Prozesse sozialer Mobilität anhand von Klassenlagen im ALLBUS untersucht werden.

Die drei seit 1990 im ALLBUS enthaltenen Haushalts- und Familientypologien (vgl. Beckmann/Trometer 1991) dienen der Abbildung der Haushalts- und Familienstrukturen. Die Klassifikationen beruhen auf den Angaben der Befragten zum Verwandtschaftsverhältnis und Familienstand der Haushaltsangehörigen. Für die Haushalte existiert eine Grobklassifikation und eine Feinklassifikation. Die Familientypologie baut auf diesen Haushaltsklassifikationen auf und identifiziert vollständige und unvollständige Kernfamilien, vollständige und unvollständige Zwei- bis Vier-Generationen-Familien, erweiterte Familien und sog. Haushaltsfamilien. Diese Erfassung von Haushalts- und Familienstrukturen geht auf Porst (1984) zurück und wird im ALLBUS mit Hilfe eines von Funk entwickelten Programmes realisiert (vgl. Funk 1989).

3.6.2 Regionalmerkmale

Jedem ALLBUS werden einige Merkmale zugespielt, die eine Einbeziehung des regionalen Kontextes in die Analysen ermöglichen. Im ALLBUS 1998 sind dies das Bundesland, in dem die Befragungsperson wohnt, die politische Gemeindegrößenklasse des Wohnorts und der BIK-Stadtregionentyp. Die BIK-Stadtregionen ersetzen den bis 1994 im ALLBUS enthaltenen Boustedt-Gemeindetyp, der für die neuen Bundesländer nicht verfügbar ist. Beide sind Indikatoren für den siedlungsstrukturellen Typ der Gemeinde, insbesondere ihre Zugehörigkeit zu Agglomerationsräumen, und beschreiben besser den faktischen Siedlungstyp der Wohnregion als die auf rechtlichen Verwaltungsgrenzen basierende politische Gemeindegrößenklasse.

4. Das Stichprobenverfahren des ALLBUS 1998

4.1 Die wichtigsten Informationen im Überblick

Die Grundgesamtheit des ALLBUS 1998 besteht aus den in der Bundesrepublik Deutschland in Privathaushalten lebenden erwachsenen Personen. Im Gegensatz zu den ALLBUS-Erhebungen der Jahre 1994 und 1996, bei denen die Stichprobe auf Grundlage der Einwohnermelderegister gezogen wurde (vgl. Wasmer et al. 1996: 53ff), wurde für den ALLBUS 1998 die Stichprobe wieder wie in den Jahren 1980 bis 1992 nach dem dreistufigen ADM-Design gebildet. Der erneute Umstieg war notwendig, weil eine Einwohnermelderegisterstichprobe im Rahmen des gegebenen Budgets nicht mehr finanzierbar war. Beim ALLBUS 1998 kamen zwei Stichprobennetze mit jeweils 210 Sampling Points in West- und 96 Sampling Points in Ostdeutschland zum Einsatz. Die Auswahl der Befragungshaushalte erfolgte in einem getrennten Arbeitsschritt vor der eigentlichen Durchführung der Interviews (sog. „Adressen-Vorlauf“), die Auswahl der Zielpersonen im Haushalt durch den „Kish-table“ bzw. „Schwendschlüssel“.

4.2 Die Grundgesamtheit

Die Grundgesamtheit des ALLBUS 1998 besteht aus allen in der Bundesrepublik Deutschland in Privathaushalten wohnenden erwachsenen Personen (Deutsche und Ausländer). Personen, die in Anstalten leben, gehören nicht zur Grundgesamtheit. Als Privathaushalt gilt in diesem Zusammenhang „jede Gemeinschaft von Personen, die zusammen wohnen und gemeinsam wirtschaften“ (Braun et al. 1992: 23). Ausländische Personen, deren Deutschkenntnisse für eine Befragung mit einem deutschen Fragebogen nicht ausreichen, gehören zur Grundgesamtheit und wurden als Ausfälle aufgrund „mangelnder Sprachkenntnisse“ dokumentiert.

4.3 Das Stichprobenverfahren

Das ADM-Stichprobendesign nimmt bei der Ziehung von Zufallsstichproben für persönlich-mündliche Befragungen der Markt-, Media- und Sozialforschung in der Bundesrepublik eine marktbeherrschende Stellung ein. Seine Entwicklung geht auf Anforderungen der Medienforschung nach einheitlichen, standardisierten Stichproben Anfang der siebziger Jahre zurück. Das Verfahren sieht eine dreistufige geschichtete Zufallsauswahl mit den Auswahlstufen ‘Wahlbezirke’ - ‘Haushalte’ - ‘Personen’ vor. Prinzipiell ist das Stichprobensystem zur

Repräsentation jeder Grundgesamtheit geeignet, die in Privathaushalten identifiziert werden kann (zum ADM-Design vgl. Arbeitsgemeinschaft ADM-Stichproben und Bureau Wendt (1994), von der Heyde/Löffler (1993), Koch (1997a) und Schaefer (1979)):

1. Auswahlstufe: Wahlbezirke

Zunächst wird für alle in der Arbeitsgemeinschaft ADM-Stichproben zusammengeschlossenen Umfrageinstitute eine Hauptstichprobe von Wahlbezirken gezogen. Zur Auswahl der Wahlbezirke werden diese nach Kreisen und der Gemeindegröße geschichtet.¹⁰ Die Ziehung der Wahlbezirke erfolgt mit einer Wahrscheinlichkeit proportional zur Anzahl der Privathaushalte im Wahlbezirk.¹¹ Auf diese Weise erhält man eine selbstgewichtende Stichprobe, bei der später pro Wahlbezirk die gleiche Anzahl von Haushalten ausgewählt werden kann.

Die Hauptstichprobe wird anschließend in möglichst überschneidungsfreie und kumulierbare Teilstichproben („Netze“) zerlegt, von denen die beteiligten Institute je nach Bedarf eine bestimmte Anzahl gegen Kostenbeteiligung erhalten und mit denen sie bis zur nächsten Aktualisierung des Stichprobensystems arbeiten. Nach einer Neuordnung des ADM-Systems im Jahr 1997 berücksichtigen die Netze in der Anzahl der Sampling Points die tatsächlichen proportionalen Haushaltsanteile für West- und Ostdeutschland. Ein ADM-Netz schließt nunmehr standardmäßig jeweils 210 Sampling Points in den westlichen und 48 bzw. – für größere Stichproben in Ostdeutschland - zweimal 48 Sampling Points in den östlichen Bundesländern ein. Für den ALLBUS 1998 wurden aus den insgesamt acht ADM-Netzen, die GFM-GETAS zur Verfügung standen, zwei in Absprache mit ZUMA ausgewählt. Aufgrund des disproportional angelegten Stichprobenansatzes – im Westen sollten 2.400, im Osten 1.000 Interviews realisiert werden – wurden die Netze in Ostdeutschland mit jeweils 2 x 48 Points bestückt.

2. Auswahlstufe: Haushalte

Da für die Wahlbezirke lediglich die geographische Abgrenzung bekannt ist, nicht jedoch die Haushaltsadressen, müssen diese durch die Interviewer ermittelt werden. Den Interviewern wird dazu anhand eines zufällig ausgewählten Startpunktes und Fortsetzungsregeln ein Bege-

¹⁰ Vor der Auswahl werden kleine Wahlbezirke mit weniger als 400 Wahlberechtigten mit benachbarten Wahlbezirken zusammengelegt („Synthetisierung“). Jeder (synthetisierte) Wahlbezirk umfaßt dann zwischen 400 und 2.000 Wahlberechtigten.

¹¹ Im aktuellen ADM-Design wurde dabei nicht mehr wie früher die geschätzte Anzahl der Privathaushalte mit mindestens einem Wahlberechtigten je Wahlbezirk als Bedeutungsgewicht verwendet, sondern die Anzahl aller Privathaushalte im Wahlbezirk, d.h. einschließlich der Ausländerhaushalte.

hungsweg vorgegeben. Entlang dieses Weges haben die Interviewer eine bestimmte Zahl von Haushalten (häufig in einer systematischen Auswahl, z.B. „jedes dritte Klingelschild“) aufzulisten. Beim zumeist verwendeten „Random-Route-Verfahren“ erfolgt die Haushaltsauflistung dabei in einem Arbeitsschritt mit der Durchführung der Interviews. Die Alternative dazu ist das „Adress-Random-Verfahren“, bei dem Begehung und Befragung voneinander getrennt sind. Nachdem die Begehung erfolgte, wird im Umfrageinstitut nach einem Zufallsverfahren eine Substichprobe aus den erhobenen Haushaltsadressen ausgewählt und den Interviewern vorgegeben. Da dieses Vorgehen bessere Möglichkeiten zur Kontrolle von Adressauflistung und Haushaltsauswahl bietet, wurde es im ALLBUS 1998 eingesetzt.

Der Adressenvorlauf für den ALLBUS fand im Januar und Februar 1998 statt. In den Sampling Points im Westen sollten die Interviewer jeweils 50 Adressen in fortlaufender Folge aufnehmen, in den Sampling Points im Osten jeweils 45. Bei einer Stichprobe von 44 der insgesamt 612 Sampling Points (2 x 210 im Westen, 2 x 96 im Osten) wurde die Adressenauflistung durch ZUMA kontrolliert. In der Mehrzahl der Fälle konnte lediglich ein Abgleich mit verschiedenen Telefon-CD-Roms vorgenommen werden; ca. ein Dutzend Points, die in räumlicher Nähe zu Mannheim lagen, wurden durch ZUMA-Mitarbeiter nachbegangen. Hinweise auf ein gravierendes Fehlverhalten der Interviewer ergaben sich nur in einem Point. Bei diesem bestand ein starker Verdacht, daß der Interviewer den Vorlauf nicht durchgeführt und stattdessen die Adressen lediglich aus dem Telefonbuch bzw. einer Telefon-CD-Rom entnommen hat. Der Point wurde nochmals neu zur Begehung vergeben. Im Anschluß an die Adressenauflistung wurden durch GFM-GETAS aus den 50 (im Westen) bzw. 45 (im Osten) Adressen jeweils 10 bzw. 9 durch eine systematische Zufallsauswahl für die eigentliche ALLBUS-Stichprobe ausgewählt und den Interviewern zur Durchführung der Interviews vorgegeben.

3. Auswahlstufe: Personen

Die dritte Auswahlstufe – die Auswahl einer Befragungsperson im Haushalt – erfolgt auch beim Adress-Random-Verfahren erst während der eigentlichen Feldarbeit. In jedem zu kontaktierenden Haushalt haben die Interviewer eine Liste der potentiellen Zielpersonen (beim ALLBUS 1998: allen erwachsenen Personen) aufzustellen, aus der sie dann anhand eines vorbereiteten Zufallsschemas („Kish-Table“ resp. „Schwedenschlüssel“) die zu befragende Person zu ermitteln haben.

Werden alle Auswahlvorschriften dieses Verfahrens korrekt eingehalten, erhält man eine Stichprobe, bei der

- jeder Haushalt die gleiche Chance hat, in die Befragung einbezogen zu werden,
- während die Auswahlchance des Haushaltsmitgliedes von der Haushaltsgröße - genauer: der Zahl der Haushaltspersonen, die zur Grundgesamtheit der betreffenden Umfrage zählen - abhängt.

Die Abhängigkeit der Auswahlwahrscheinlichkeit von der Haushaltsgröße hat zur Folge, daß bei der Auswertung der Daten auf Personenebene vom Design her eine Gewichtung mit der - um die nicht zur Grundgesamtheit zählenden Haushaltsmitglieder reduzierten - Haushaltsgröße notwendig ist, die sog. „Transformation“.

4.4 Transformationsgewichtung bei Auswertungen auf Personenebene

Das im ALLBUS 1998 eingesetzte ADM-Stichprobenverfahren wählt theoretisch nur die Haushalte gleichwahrscheinlich aus. Die Auswahlwahrscheinlichkeit des einzelnen Befragten hängt von der Zahl der Personen im betreffenden Haushalt ab, die zur Zielgesamtheit der ALLBUS-Umfrage zählen – der reduzierten Haushaltsgröße (vgl. V373 im Datensatz). Je größer die Zahl der zur Grundgesamtheit der Umfrage zählenden Individuen (beim ALLBUS 1998: der Erwachsenen) in einem Haushalt ist, desto geringer ist die Auswahlchance der einzelnen Personen. Bei der Analyse von Fragestellungen auf Personenebene ist deshalb im Prinzip eine Designgewichtung proportional zum Wert der reduzierten Haushaltsgröße notwendig, die sogenannte “Transformation” (vgl. V473 im Datensatz). Zur Bildung des Transformationsgewichtes wird die reduzierte Haushaltsgröße – für West- und Ostdeutschland getrennt – durch den entsprechenden Mittelwert dividiert, um eine Normierung auf die jeweilige Fallzahl zu erreichen.

In der Forschungspraxis wird die Transformationsgewichtung nur selten verwendet. Dies hat seinen Grund nicht zuletzt darin, daß die Verwendung des Transformationsgewichtes eine exakte Realisierung des Stichprobenplans voraussetzt. Es stellt dann eine adäquate Schätzung der Auswahlwahrscheinlichkeit dar, wenn entweder gar keine Ausfälle auftreten – also eine hundertprozentige Ausschöpfung erzielt wurde – oder wenn die verzeichneten Ausfälle sich rein zufällig verteilen. Beides ist in der Umfragepraxis normalerweise nicht der Fall. Durch die Ausfälle bedingt, liefert die Verwendung der reduzierten Haushaltsgröße damit in Wirk-

lichkeit nur eine mehr oder weniger gute Approximation für die Transformationsgewichtung (vgl. Gabler 1994).

Wer auf der sicheren Seite sein möchte, sollte seine Analysen sowohl gewichtet als auch ungewichtet durchführen und überprüfen, ob die Gewichtung die Resultate beeinflusst. Man wird dabei feststellen, daß die Fragestellung "Transformationsgewichtung: ja oder nein?" an Bedeutung verliert, weil die Unterschiede in den Ergebnissen für eine große Zahl von Variablen gering sind. Ganz allgemein hängt die Stärke des Effektes der Transformationsgewichtung davon ab, wie stark der Zusammenhang zwischen der (reduzierten) Haushaltsgröße und dem interessierenden Merkmal ist. Je stärker der Zusammenhang, desto größer der Unterschied zwischen gewichteten und ungewichteten Resultaten (vgl. Hartmann/Schimpl-Neimanns 1992).

4.5 Ost-West-Gewichtung bei Auswertungen für Gesamtdeutschland

In der Stichprobe des ALLBUS 1998 wurde Ostdeutschland - wie in allen ALLBUS-Erhebungen seit 1991 - bewußt überrepräsentiert, um auch für diesen Teil Deutschlands eine Fallzahl zu erzielen, die differenzierte Analysen für einzelne Bevölkerungsgruppen erlaubt. Wenn man mit den Daten eine Auswertung für ganz Deutschland durchführen will, ist deshalb unbedingt durch eine Gewichtung die Disproportionalität der Teilstichproben für West- und Ostdeutschland auszugleichen.¹² Je nachdem, ob Aussagen über Merkmale auf Personen- oder Haushaltsebene getroffen werden sollen, ist hierfür die Zahl der Personen von 18 Jahren oder älter bzw. die Zahl der Haushalte mit mindestens einer Person von 18 Jahren oder älter entsprechend Übersicht 6 heranzuziehen.

¹² Es ist also nicht zulässig, Anteilswerte über alle Befragten - wie sie z. B. auch im Codebuch für die einzelnen Variablen ausgewiesen werden - als Schätzung für die Anteilswerte in Gesamtdeutschland zu interpretieren.

Übersicht 6: Zahlen für die Ost-West-Gewichtung: Mikrozensus 1995* und ALLBUS 1998

	Mikrozensus 1995			ALLBUS 1998		
	West (N _w)	Ost (N _o)	Gesamt (N)	West (n _w)	Ost (n _o)	Gesamt (n)
Deutsche und ausländische Personen in Privathaushalten, 18 Jahre und älter	53.786.400	12.271.100	66.057.500	2.212	1.022	3.234
Privathaushalte mit mindestens einer Person von 18 Jahren und älter	30.125.600	6.792.700	36.918.300	2.212	1.022	3.234

* ZUMA-File; hochgerechnete, gewichtete Fallzahlen; Auswertung durch Achim Koch, ZUMA

Mit der in Gabler (1994: 78) beschriebenen Formel lassen sich die Gewichtungsfaktoren für Analysen von Gesamtdeutschland folgendermaßen berechnen:

Für Auswertungen auf *Personenebene*:

$$\begin{aligned}
 \text{- im Westen} \quad & \frac{n}{n_w} \times \frac{N_w}{N} = \frac{3234}{2212} \times \frac{53786400}{66057500} = 1.19043 \\
 \text{- im Osten} \quad & \frac{n}{n_o} \times \frac{N_o}{N} = \frac{3234}{1022} \times \frac{12271100}{66057500} = 0.58783
 \end{aligned}$$

Für Auswertungen auf *Haushaltsebene*:

$$\begin{aligned}
 \text{- im Westen} \quad & \frac{n}{n_w} \times \frac{N_w}{N} = \frac{3234}{2212} \times \frac{30125600}{36918300} = 1.19302 \\
 \text{- im Osten} \quad & \frac{n}{n_o} \times \frac{N_o}{N} = \frac{3234}{1022} \times \frac{6792700}{36918300} = 0.58222
 \end{aligned}$$

Entsprechende Gewichtungsvariablen sind im Datensatz des ALLBUS 1998 enthalten (V471 für gesamtdeutsche Auswertungen auf Personenebene, V472 für gesamtdeutsche Auswertungen auf Haushaltsebene). Wird z. B. mit dem Statistik-Programm SPSS gearbeitet, dann ist bei haushaltsbezogenen Auswertungen des ALLBUS 1998 für Gesamtdeutschland die Gewichtung wie folgt zu aktivieren:

WEIGHT BY V472.

FREQ oder andere Statistikprozedur.

In analoger Weise ist bei personenbezogenen Auswertungen für Gesamtdeutschland vorzugehen. Soll bei gesamtdeutschen Auswertungen auf Personenebene auch die Transformationsgewichtung berücksichtigt werden, dann sind die beiden Gewichtungsvariablen zunächst multiplikativ miteinander zu verknüpfen. In SPSS z.B. geht man dann folgendermaßen vor:

COMPUTE GEWICHT= V471 * V473.

WEIGHT BY GEWICHT.

FREQ oder andere Statistikprozedur.

5. Die Feldphase des ALLBUS 1998

5.1 Zeitlicher Ablauf

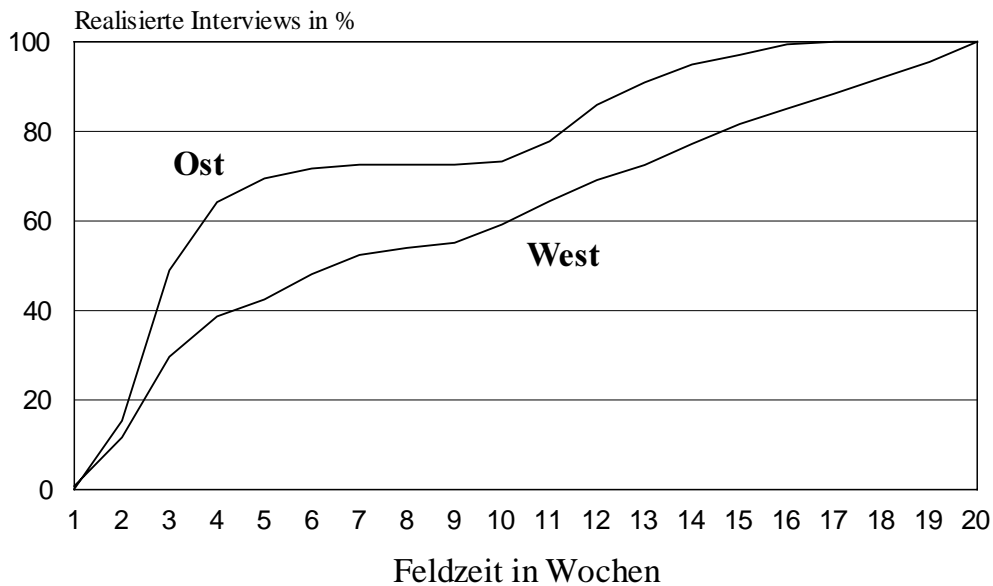
In Westdeutschland begann die Feldphase des ALLBUS 1998 am 9. März und endete am 26. Juli; in Ostdeutschland wurde das erste Interview am 10. März und das letzte am 1. Juli durchgeführt. Im Westen hatten die Interviewer in jedem der 420 Sample Points 10 Befragungsadressen zu bearbeiten, im Osten waren es in jedem der 192 Points neun Adressen. Insgesamt wurden 2.212 auswertbare Interviews im Westen und 1.022 im Osten realisiert.¹³

Die Feldzeit fiel mit 20 Wochen im Westen und 16,5 Wochen im Osten weit höher aus als ursprünglich geplant. Vertraglich vereinbart war, daß die Feldarbeit acht Wochen dauern sollte: eine erste Feldphase von drei Wochen, gefolgt von einer Feldstandsanalyse, für die zwei Wochen veranschlagt waren, und eine dreiwöchige Phase für die Nachbearbeitung.

In Abbildung 1 ist der tatsächliche Feldverlauf graphisch dargestellt. Getrennt für West- und Ostdeutschland ist der kumulierte Anteil der realisierten Interviews (an der Gesamtzahl aller auswertbaren Interviews) für die einzelnen Wochen der Feldzeit aufgeführt. Nach Ablauf der vorgesehenen Feldzeit von acht Wochen waren im Westen lediglich etwas mehr als die Hälfte der Interviews realisiert, im Osten knapp drei Viertel. Für die Realisierung der noch ausstehenden Fälle wurden dann im Westen noch zwölf und im Osten acht Wochen benötigt.

¹³ Vertraglich vereinbart war, daß im Westen - wie in den vorangegangenen Erhebungen seit 1992 - 2.400 auswertbare Interviews erzielt werden sollten, im Osten dagegen mußte die vertraglich vorgesehene Fallzahl aufgrund finanzieller Restriktionen von den bisher üblichen 1.100 Fällen auf 1.000 reduziert werden.

Abbildung 1: Anteil realisierter Interviews der ALLBUS Erhebung 1998 im Zeitverlauf - Westdeutschland (N=2.212) und Ostdeutschland (N=1.022)



5.2 Ausschöpfung

Die Bruttostichprobe des ALLBUS 1998 bestand aus 4.200 (2 x 210 x 10) Adressen in West- und 1.792 (2 x 96 x 9) in Ostdeutschland (vgl. Übersicht 7). Nach den Angaben von GFM-GETAS waren an stichprobenneutralen Ausfällen (Adresse nicht bearbeitet, nicht auffindbar, nicht bewohnt, kein Privathaushalt oder lediglich Zweitwohnsitz) in beiden Teilen Deutschlands jeweils knapp 5% der Adressen zu verzeichnen.¹⁴

Aus dem bereinigten Stichprobenansatz von 3.994 bzw. 1.648 Adressen resultierten 2.212 auswertbare Interviews in Westdeutschland und 1.022 in Ostdeutschland. Dies ergibt eine Ausschöpfungsquote von 55,4% bzw. 62,0%. Für Westdeutschland entspricht dieser Wert weitgehend den Ergebnissen der beiden vorangegangenen Erhebungen (1996: 54,2%; 1994: 53,2%), in Ostdeutschland liegt er dagegen 8 bzw. 7 Prozentpunkte über den beiden letzten Resultaten (1996: 54,2%; 1994: 55,2%). Ob die Ausschöpfung 1998 damit wirklich faktisch höher ist, kann in Anbetracht der unterschiedlichen „Freiheitsgrade“ bei der Stichprobenbildung und Ausschöpfungsermittlung zwischen ADM-Design und Stichproben aus Einwohnermelderegistern nicht geklärt werden (vgl. Koch 1997a, 1998).

¹⁴ Faktisch lag dieser Wert noch etwas höher, weil ca. 130 qualitätsneutrale Ausfälle während der Feldarbeit von GFM-GETAS durch neue Adressen ersetzt wurden.

Nach den Angaben der Interviewer spielt die mangelnde Kooperationsbereitschaft des Haushalts bzw. der Zielperson die weitaus größte Rolle als Ausfallursache (30,0% bzw. 29,1% aller Adressen). An zweiter Stelle rangieren Probleme der Erreichbarkeit mit 8,3% bzw. 5,9% aller Fälle. Mangelnde Befragungsfähigkeit aufgrund von körperlich/geistigen Beeinträchtigungen (1,9% bzw. 2,2 %) oder unzureichenden Deutschkenntnissen (0,7% bzw. 0,5%) spielen im Vergleich dazu als Ausfallursache nur eine untergeordnete Rolle.¹⁵

¹⁵ Vor dem Hintergrund des deutlich größeren Ausländeranteils in Westdeutschland ist es dabei etwas erstaunlich, daß im Westen von den Interviewern nur geringfügig mehr Personen als im Osten als Ausfall aufgrund unzureichender Deutschkenntnisse klassifiziert worden sind.

Übersicht 7: Ausschöpfung ALLBUS 1998

		West		Ost	
		N	%	N	%
	Bruttostichprobe	4200	100.0	1728	100.0
./.	Stichprobenneutrale Ausfälle insgesamt	206	4.9	80	4.6
	- Adresse unbearbeitet	74	1.8	30	1.7
	- Haushalt nicht auffindbar	41	1.0	7	0.4
	- Adresse unbewohnt	57	1.4	38	2.2
	- Unter Adresse existiert kein Privathaushalt	21	0.5	4	0.2
	- Adresse ist Zweitwohnsitz	13	0.3	1	0.1
=	Bereinigter Stichprobenansatz	3994	100.0	1648	100.0
./.	Systematische Ausfälle insgesamt	1782	44.6	626	38.0
	- Im Haushalt niemand angetroffen	314	7.9	94	5.7
	- Zielperson nicht angetroffen	17	0.4	3	0.2
	- Zielperson ist krank/nicht befragungsfähig	76	1.9	37	2.2
	- Angetroffene Person verweigert jede Auskunft, auch HH-Auflistung	879	22.0	381	23.1
	- Angetroffene Person ist nicht Zielperson, verhindert aber nach HH-Auflistung die Durchführung des Interviews	29	0.7	13	0.8
	- Zielperson verweigert das Interview	291	7.3	85	5.2
	- Mit Haushalt/Zielperson ist keine Verständigung in deutsch möglich	29	0.7	8	0.5
	- Andere Ausfallgründe	50	1.3	5	0.3
	- Interview nicht auswertbar wg. Zweifel an korrekter Durchführung	97	2.4	-	-
=	Auswertbare Interviews	2212	55.4	1022	62.0

5.3 Interviewereinsatz und -kontrolle

232 Interviewer in Westdeutschland und 144 Interviewer in Ostdeutschland haben mindestens ein Interview für den ALLBUS 1998 realisiert.¹⁶ Die große Mehrzahl der Interviewer hat zwischen einem und neun Interviews durchgeführt. Neun Interviewer (acht im Westen und einer im Osten) haben die ursprünglich vorgesehene Obergrenze von 35 Interviews überschritten, das Maximum lag bei 55 Interviews.

*Übersicht 8: Realisierte Interviews je Interviewer beim ALLBUS 1998**

Anzahl realisierter Interviews	West		Ost	
	N	%	N	%
1-4	87	37.5	55	38.2
5-9	67	28.9	55	38.2
10-14	28	12.1	21	14.6
15-19	20	8.6	7	4.9
20-35	22	9.5	5	3.5
36-55	8	3.4	1	0.7
Gesamt	232	100.0	144	100.0

*nur Interviewer mit mindestens einem realisierten Interview

Für Westdeutschland liegen keine Informationen zu den von GFM-GETAS durchgeführten Interviewerkontrollen vor. Als Ergebnis der von ZUMA durchgeführten Datenprüfung wurden 97 Fälle (von drei Interviewern) aus dem Datensatz entfernt: in einem Fall hatte mit großer Wahrscheinlichkeit die Befragungsperson während des Interviews gewechselt; in den anderen Fällen bestanden erhebliche Zweifel, ob die Interviews überhaupt durchgeführt worden waren, bzw. es bestand ein starker Verdacht, daß sie telefonisch realisiert worden waren.

In Ostdeutschland wurden nach Information von GFM-GETAS 25% aller Sample Points durch eine systematische Zufallsauswahl ausgewählt, um die korrekte Durchführung der Interviews zu überprüfen. An die Befragungshaushalte dieser Points wurde per Post ein Kontrollschreiben mit der Bitte um Rückmeldung versandt. Die angeschriebenen Haushalte sollten angeben, ob im Befragungszeitraum ein Interview mit einem Haushaltsmitglied stattfand.

Falls dies bejaht wurde, sollten Geschlecht sowie Geburtsmonat und Geburtsjahr der befragten Person mitgeteilt und einige Fragen zur Durchführung des Interviews beantwortet werden. Von den insgesamt 280 in die Kontrolle einbezogenen Interviews wurde nach Angabe von GFM-GETAS in 190 Fällen (68%) eine Rückmeldung erzielt; die Durchführung des Interviews wurde in keinem Fall in Abrede gestellt. In einem weiteren Point, der zusätzlich kontrolliert wurde, weil der betreffende Interviewer in einer anderen Studie nicht korrekt gearbeitet hatte, wurde die Durchführung der Interviews dagegen nicht bestätigt. Sämtliche Interviews des Interviewer wurden entfernt und alle drei von ihm bearbeiteten Points von anderen Interviewern neu bearbeitet.

5.4 Interviewsituation

In beiden Teilen Deutschlands wurde in ca. drei Viertel aller Fälle das Interview alleine mit dem Befragten durchgeführt (vgl. Übersicht 9). Bei ungefähr jedem fünften Interview war der Ehepartner anwesend, in ca. zehn Prozent aller Fälle sonstige Personen (zumeist Kinder oder andere Familienangehörige). Die Durchführung der Interviews hat in Westdeutschland im Mittel 54 Minuten in Anspruch genommen, in Ostdeutschland 56 Minuten. In Ost und West attestierten die Interviewer ca. 75% der Befragten eine gute Antwortbereitschaft und in 95% aller Fälle gaben sie an, daß die Angaben der Befragten insgesamt zuverlässig seien.

¹⁶ Sieben Interviewer waren in West- und Ostdeutschland tätig, so daß insgesamt 369 Interviewer mindestens ein Interview erzielt haben.

Übersicht 9: Interviewsituation beim ALLBUS 1998 (in %)

	West	Ost
Anwesenheit dritter Personen*		
- Interview mit Befragtem allein	73.6	72.3
- Ehepartner/Partner anwesend	16.8	21.1
- Sonstige Personen anwesend	12.0	7.7
N	2187	1017
Antwortbereitschaft des Befragten		
- Gut	73.8	77.5
- Mittelmäßig	19.6	17.1
- Schlecht	6.5	5.5
N	2153	1008
Zuverlässigkeit der Angaben		
- Insgesamt zuverlässig	94.4	94.8
- Insgesamt weniger zuverlässig	3.9	2.7
- Bei einigen Fragen weniger zuverlässig	1.7	2.5
N	2132	993
Interviewdauer		
- bis 39 Minuten	9.5	7.0
- 40-49 Minuten	29.3	26.9
- 50-59 Minuten	26.9	26.1
- 60-69 Minuten	17.9	22.6
- 70-79 Minuten	9.4	10.7
- 80 Minuten u. länger	7.1	6.7
Durchschnitt	54.0 Minuten	55.5 Minuten
N	2167	1016

* Mehrfachnennungen möglich

Literatur

- Abramson, P. (1983): Political Attitudes in America. Formation and Change. San Francisco: Freeman.
- Arbeitsgemeinschaft ADM-Stichproben und Bureau Wendt (1994): Das ADM-Stichproben-System. Stand 1993. In: S. Gabler/J. H. P. Hoffmeyer-Zlotnik/D. Krebs (Hrsg.): Gewichtung in der Umfragepraxis. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 188-202.
- Bohrnstedt, G. W./ Mohler, P. Ph./ Müller, W. (1987) (Hrsg.): An Empirical Study of the Reliability and Stability of Survey Research Items. Special Issue of: Sociological Methods and Research, 15.
- Balsh, G. (1974): Multiple Indicators in Survey Research. The Concept 'Sense of Political Efficacy'. In: Political Methodology, 1, S. 1-43.
- Barnes, S. H./Kaase, M. et al. (1979): Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies. Beverly Hills, CA: Sage.
- Beck, U. (1986): Risikogesellschaft. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Beckmann, P./Trometer, R. (1991): Neue Dienstleistungen des ALLBUS: Haushalts- und Familientypologien, Goldthorpe-Klassenschema. In: ZUMA-Nachrichten, 28, S. 7-17.
- Berg, K./Kiefer, M.-L. (1992) (Hrsg.): Massenkommunikation IV. Eine Langzeitstudie zur Mediennutzung und Medienbewertung 1964-1990. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Berg, K./Kiefer, M.-L. (1996) (Hrsg.): Massenkommunikation V. Eine Langzeitstudie zur Mediennutzung und Medienbewertung 1964-1995. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Berger, P. A. (1994): Soziale Ungleichheiten und sozio-kulturelle Milieus. Die neuere Sozialstrukturforschung „zwischen Bewußtsein und Sein“. Rezensionessay. In: Berliner Journal für Soziologie, 2, S. 249-264.
- Bourdieu, P. (1984): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Braun, M./Trometer, R./Wiedenbeck, M. (1989): Methodenbericht Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften - ALLBUS 1988. ZUMA-Arbeitsbericht 89/02.
- Braun, M./ Mohler, P. Ph. (1991): Die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS): Rückblick und Ausblick in die neunziger Jahre. In: ZUMA-Nachrichten, 29, S. 7-28.
- Braun, M./ Eilinghoff, C./ Gabler, S./ Wiedenbeck, M. (1992): Methodenbericht zur „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS) 1992. ZUMA-Arbeitsbericht 93/01.
- Brettschneider, F. (1995): Kommunikationsverhalten und Mediennutzung. Unveröffentlichte Expertise im Rahmen des KSPW-Projektes "Wandel politischer Orientierungen und Verhaltensmuster seit dem Beitritt der fünf neuen Länder".
- Bryson, B. (1996): "Anything but Heavy Metal": Symbolic Exclusion and Musical Dislikes. In: American Sociological Review, 61, S. 884-899.
- Campbell, A./Converse, P./Miller, W./Stokes, D. (1960): The American Voter. New York: Wiley.
- Easton, D. (1975): A Re-Assessment of the Concept of Political Support. In: British Journal of Political Science, 5, S. 435-357.

- Eckstein, G. (1995): Rationale Wahl im Mehrparteiensystem. Frankfurt: Lang.
- Eilfort, M. (1994): Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens. Paderborn: Schöningh.
- Funk, W. (1989): Haushalt - ein SPSSx-Programm zur Erfassung personaler Haushalts- und Familienstrukturen. In: ZUMA-Nachrichten, 25, S. 7-23.
- Gabler, S. (1994): Ost-West-Gewichtung der Daten der ALLBUS-Baseline-Studie 1991 und des ALLBUS 1992. In: ZUMA-Nachrichten, 35, S. 77-81.
- Greiffenhagen, M. (1997): Politische Legitimität in Deutschland. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Hartmann, P. H. (1995): Buchbesprechung: Jens Dangschat und Jörg Blasius: Lebensstile in Städten. Konzepte und Methoden. In: Angewandte Sozialforschung, 19, S. 308-312.
- Hartmann, P. H./Schimpl-Neimanns, B. (1992): Sind Sozialstrukturanalysen mit Umfragedaten möglich? Analysen zur Repräsentativität einer Sozialforschungsumfrage. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 44, S. 315-340.
- Hradil, S. (1992): Zwischen Bewußtsein und Sein. Die Vermittlung „objektiver“ Lebensbedingungen und „subjektiver“ Lebensweisen. Opladen: Leske + Budrich.
- Huntington, S./Nelson, J. (1976): No Easy Choice. Political Participation in Developing Countries. Cambridge, Mass.: Harvard University.
- Inglehart, R. (1971): The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies. In: American Political Science Review, 65, S. 991-1017.
- Jagodzinski, W./Quandt, M. (1997): Wahlverhalten und Religion im Lichte der Individualisierungsthese. Anmerkungen zu dem Beitrag von Schnell und Kohler. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 49, S. 761-782.
- Kaase, M./Marsh, A. (1979): Political Action. A Theoretical Perspective. In: Barnes, S. H./Kaase, M. et al. (Hrsg). S. 27-56.
- Kleinhenz, T. (1995): Die Nichtwähler. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Koch, A. (1995): Gefälschte Interviews: Ergebnisse der Interviewerkontrolle beim ALLBUS 1994. In: ZUMA-Nachrichten, 36, S. 89-105.
- Koch, A. (1997a): ADM-Design und Einwohnermelderegisterstichprobe. Stichprobenverfahren bei mündlichen Bevölkerungsumfragen. In: Gabler, S./Hoffmeyer-Zlotnik, J.: Stichproben in der Umfragepraxis. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 99-116.
- Koch, A. (1997b): Teilnahmeverhalten beim ALLBUS 1994. Soziodemographische Determinanten von Erreichbarkeit, Befragungsfähigkeit und Kooperationsbereitschaft. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 49, S. 98-122.
- Koch, A. (1998): Wenn „mehr“ nicht gleichbedeutend mit „besser“ ist: Ausschöpfungsquoten und Stichprobenverzerrungen in allgemeinen Bevölkerungsumfragen. In: ZUMA-Nachrichten, 42, S. 66-90.
- Krebs, D./Hofrichter, J. (1989): Materialismus-Postmaterialismus: Effekte unterschiedlicher Frageformulierungen bei der Messung des Konzeptes von Inglehart. In: ZUMA-Nachrichten, 24, S. 60-72.
- Lane, R. E. (1959): Political Life: Why and How People Get Involved in Politics. Glencoe, Illinois: Free Press.
- Lüdtke, H. (1989): Expressive Ungleichheit. Zur Soziologie der Lebensstile. Opladen: Leske + Budrich.
- Lüdtke, H. (1990): Lebensstile als Dimension handlungsproduzierter Ungleichheit. Eine Anwendung des Rational-Choice-Ansatzes. Soziale Welt, Sonderband 7, S. 433-454.

- Marsh, A./Kaase, M. (1979): Measuring Political Action. In: S. H. Barnes/M. Kaase et al. (Hrsg), S. 57-96.
- Muller, E. N. (1982): An Explanatory Model for Differing Types of Participation. In: European Journal of Political Research, 10, S. 1-16.
- Milbrath, L. W. (1965): Political Participation. How and Why Do People Get Involved in Politics. Chicago: Rand McNally.
- Müller, H.-P. (1989): Lebensstile. Ein neues Paradigma der Differenzierungs- und Ungleichheitsforschung? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 41, S. 33-52.
- Müller, W. (1997): Sozialstruktur und Wahlverhalten. Eine Widerrede gegen die Individualisierungsthese. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 49, S. 747-760.
- Noll, H.-H. (1997): Class, Stratification and Beyond: The German Case. In: La Revue Tocqueville, 18, S. 103-128.
- Opp, K.-D. (1985): Konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation. In: Zeitschrift für Soziologie, 14, S. 282-296.
- Opp, K.-D. (1997): Die enttäuschten Revolutionäre. Politisches Engagement vor und nach der Wende. Opladen: Leske + Budrich.
- Otte, G. (1996): Lebensstile versus Klassen – welche Sozialstrukturkonzeption kann die individuelle Parteipräferenz besser erklären? In: W. Müller (Hrsg.): Soziale Ungleichheit. Neue Befunde zu Strukturen, Bewußtsein und Politik. Opladen: Leske + Budrich, S. 303-346.
- Pappi, F. U. (1979): Sozialstrukturanalysen mit Umfragedaten. Königstein: Athenäum.
- Porst, R. (1984): Haushalte und Familien 1982. Zur Erfassung und Beschreibung von Haushalts- und Familienstrukturen mit Hilfe repräsentativer Bevölkerungsumfragen. In: Zeitschrift für Soziologie, 13, S. 165-175.
- Putnam, R. D. (1995): Bowling Alone: America's Declining Social Capital. In: Journal of Democracy, 6, S. 65-78.
- Roßteutscher, S. (1990): Politische Sozialisation und Partizipation. Analyse der Dimensionen und Bestimmungsgründe politischer Beteiligung in der Bundesrepublik Deutschland 1974-1990. Magisterarbeit, Universität Mannheim.
- Rothe, G. (1990): Wie (un)wichtig sind Gewichtungungen? Eine Untersuchung am ALLBUS 1986. In: ZUMA-Nachrichten, 26, S. 31-55.
- Sandefur, R. L./Laumann, E. O. (1998): A Paradigm for Social Capital. In: Rationality and Society, 10, S. 481-501.
- Schaefer, F. (1979): Muster-Stichproben-Pläne für Bevölkerungs-Stichproben in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin. München: Verlag Moderne Industrie.
- Schnell, R./Kohler, U. (1995): Empirische Untersuchung einer Individualisierungshypothese am Beispiel der Parteipräferenz 1953-1992. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 47, S. 634-657.
- Schnell, R./Kohler, U. (1997): Zur Erklärungskraft soziodemographischer Variablen im Zeitverlauf. Entgegnung auf Walter Müller sowie auf Wolfgang Jagodzinski und Markus Quandt. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 49, S. 783-795.
- Schrott, P. (1995): Massenmedien und Wahlverhalten. Unveröffentlichte Expertise im Rahmen des KSPW-Projektes "Wandel politischer Orientierungen und Verhaltensmuster seit dem Beitritt der fünf neuen Länder".

- Schulze, G. (1992): Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart. Frankfurt/Main: Campus.
- Spellerberg, A. (1993): Lebensstile im Wohlfahrtssurvey 1993. Dokumentation zum Konzept und zur Entwicklung des Fragebogens. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- STAMM (1998): Presse und Medienhandbuch. Leitfaden durch Presse und Werbung. Essen: STAMM Verlag, 51. Ausgabe.
- Treiman, D. J. (1977): Occupational Prestige in Comparative Perspective. New York: Academic Press.
- Trometer, R. (1993): Die Operationalisierung des Klassenschemas nach Goldthorpe im ALLBUS. ZUMA-Arbeitsbericht 93/09.
- Uehlinger, H.-M. (1988): Politische Partizipation in der Bundesrepublik. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- van Deth, J. W. (1997): Formen konventioneller politischer Partizipation. Ein neues Leben alter Dinosaurier? In: Gabriel, O. W. (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland. Opladen: Leske + Budrich, S. 291-319.
- Verba, S./Nye, N./Kim, J. (1978): Participation and Political Equality. A Seven-Nation Comparison. Cambridge: Cambridge University.
- Vester, M./von Oertzen, P./Geiling, H./Hermann, T./Müller, D. (1993): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung. Köln: Bund-Verlag.
- Vetter, A. (1997): Political Efficacy: Alte und Neue Meßmodelle im Vergleich. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 49, S. 53-73.
- von der Heyde, Ch./Löffler, U. (1993): Die ADM-Stichprobe. In: Planung und Analyse, Heft 5, S. 49-53.
- Voß, G. (1991): Lebensführung als Arbeit. Über die Autonomie der Person im Alltag der Gesellschaft. Stuttgart: Enke.
- Wasmer, M./Koch, A./Harkness, J./Gabler, S. (1996): Konzeption und Durchführung der "Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften" (ALLBUS) 1996. ZUMA-Arbeitsbericht 96/08.
- Wegener, B. (1985): Gibt es Sozialprestige? In: Zeitschrift für Soziologie, 14, S. 209-235.
- Weßels, B. (1994): Gruppenbindung und rationale Faktoren als Determinanten der Wahlentscheidung in Ost- und Westdeutschland. In: H.-D. Klingemann/M. Kaase (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 123-157.
- Zapf, W. (1987): Individualisierung und Sicherheit. Untersuchungen zur Lebensqualität in der Bundesrepublik Deutschland. München: Beck.